

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Heiner Geissler ist immer für eine Überraschung gut. In Voraussicht der Ablehnung der Ergebnisse der SMA zum Stresstest S 21 entwickelte er ein Papier „Frieden in Stuttgart“. Die Kombilösung „Durchgangsbahnhof unten – Regionalbahnhof oben“ präsentierte er zur Überlegung ganz am Schluss. Ob diese Lösung sinnvoll ist, können wohl nur Experten entscheiden. Anschauen sollte man sich das schon. Wichtig ist einfach alles zu tun was auch im Vorschlag Geisslers steht, „Frieden in Stuttgart wieder zu erreichen. Es ist „nur“ ein Bahnhofsbau und keine Schicksalsfrage

Für die Landespartei gilt eigentlich die diesjährige Sommerpause kaum. Die kommenden Bundes- und Landesparteitage – Schwerpunkte z. B. Parteireform und Volksabstimmung in BW – sorgen für enormen Zeitdruck (Antragstermine).

Die besonnene Reaktion des norwegischen Volkes mitsamt seiner politischen Führung löst unsere Bewunderung aus. Unser Mitgefühl für die Opfer, die Angehörigen und dem norwegischen Volk sei hier noch einmal betont. Die Sozialdemokraten in Norwegen haben zudem noch den Verlust eines Teils ihres Nachwuchses zu verkraften.

Auf einen ganz anderen Aspekt dieses Attentats auf alle friedfertigen Menschen weist ein junger „Deutschtürke“ hin, der sich aus der Sicht eines Moslems mit dem Thema befasst (Artikel S. 28). Die Angst der Moslems in Deutschland vor Pauschalverurteilungen ist real und leider begründet. Es ist an der Zeit, Integration nicht nur fordernd zu betreiben. Auch die deutsche „Seite“ sollte ihren Beitrag leisten.

Warum werden Moslems nur dann als „hoffähig“ betrachtet, wenn sie z.B. in der deutschen Nationalmannschaft spielen? Ein Freund/Genosse aus der 2. Generation meldete seine Frau, die aus der Türkei kam, an. Er bekam nicht einmal einen Hinweis darauf wo seine Frau einen Deutschkurs machen könnte.

Wiederholung letztes Editorial: Es sieht momentan weder nach Sommerloch oder nach Saure-Gurken-Zeit aus. Es sieht eher nach harter Arbeit aus. SPD und Grüne werden beweisen, dass sie gute Partner sind.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

**Karl-Heinz König, Willi Bernhard**

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |               |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| - Die Sinnsuche der SPD - "Wir sind tief Betroffen - EU: "Keine Kompromisse bei der Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder" - „Verschärfung der Eigenkapitalregeln nicht auf Kosten des Mittelstandes“                                                                                           | Seite<br>2- 4 |
| - "Nur wer mehr Europa durchsetzt, rettet die Eurozone“                                                                                                                                                                                                                                            | 4             |
| - <u>Bundestagsfraktion</u> : Soziale Gerechtigkeit statt Zwangsdiät für den Staatshaushalt                                                                                                                                                                                                        |               |
| - Bundesregierung darf keine Waffen nach Saudi-Arabien liefern! - Peter Friedrich                                                                                                                                                                                                                  | 5- 6          |
| - Alfred Winkler neuer stellv. Vorsitzender des Landtagsausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Energiewirtschaft                                                                                                                                                                                  | 7             |
| - Den Ländlichen Raum stärken                                                                                                                                                                                                                                                                      | 7- 9          |
| - <u>SPD-Bodenseekreis</u> : B31 Ortsumfahrung Friedrichshafen - Kreisvorstand debattiert über Parteireform - Atomausstieg beschlossen, was nun weiter? - Termine im Bodenseekreis                                                                                                                 | 9-12          |
| - <u>SBI</u> : Folge VIII: Prix Wasserfrau und das Vorarlberger Frauenkirchenkabarett                                                                                                                                                                                                              | 13-14         |
| - Merkwürdige Schikanen für Behinderte bei der Bodensee-Schiffahrt 2011                                                                                                                                                                                                                            | 14-15         |
| - SBI-Präsident Norbert Zeller ins Kultusministerium berufen                                                                                                                                                                                                                                       | 15            |
| - <u>SP Kanton SG</u> : Bundesrätin Simonetta Sommaruga besucht die Ostschweiz                                                                                                                                                                                                                     | 15-16         |
| - Wir brauchen eine verlässliche Energiepolitik - <u>SPÖ Vorarlberg</u> : Nein zu finanziellen Hürden - Papier der SPÖ zur Forderung nach Verwaltungsreform in Vorarlberg                                                                                                                          | 16-19         |
| - „Dieser Wirrwarr ist unzumutbar“                                                                                                                                                                                                                                                                 | 19            |
| - Änderung der Bundeshymne ein Zeichen der Wertschätzung der Arbeit von Frauen                                                                                                                                                                                                                     | 19            |
| - Kindergärten sollen nur mehr zwei Wochen geschlossen sein - <u>SPD Kreis Konstanz</u> :                                                                                                                                                                                                          |               |
| - Geld für Asbest-Sanierung der Uni- Bibliothek - "Die Schwächsten fallen durchs Fördersieb"                                                                                                                                                                                                       | 19-20         |
| - <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster</u> : MdB Gerster verlangt Auskunft der Bundesregierung - Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Juli                                                                                                                                            | 21            |
| - <u>KV Ulm und Hilde Mattheis</u> : Mehr Transparenz für Mutter-/Vater-Kind-Kuren - GWL (Gabriele Warminsky-Leitheußer) neulich in Ehingen                                                                                                                                                        | 21-22         |
| - <u>SPD Kreis RV</u> : Bernhard Stich feiert 65-jährige SPD-Mitgliedschaft - Viel Wind um die Windkraftträder! - SPD in Oberschwaben fordert eine stärkere Nutzung der Windenergie auch in dieser Region – aber nicht gegen den Willen der Bevölkerung - Christel Ulmer mahnt die Landesregierung | 22-25         |
| - <u>BayernSPD-SPD-Kreisverband Lindau</u> : Neue Internetseite von Dr. Paul Wengert ist mit neuem Service online - Lindenberger Kommunalpolitik?                                                                                                                                                  | 25-26         |
| - Pflegereform- SPD liefert –Regierung meckert                                                                                                                                                                                                                                                     | 27            |
| - Volle Gleichstellung steht immer noch aus                                                                                                                                                                                                                                                        | 27            |
| - Warnung aus Norwegen - About                                                                                                                                                                                                                                                                     | 28            |
| - Antwort Bundeskanzleramt zu B 30/B31                                                                                                                                                                                                                                                             | 29            |
| - Impressum                                                                                                                                                                                                                                                                                        | 30            |

## Die Sinnsuche der SPD

*Nach den jüngsten Landtagswahlen ist die Sozialdemokratie wieder im Aufwind. Doch der Weg dorthin war beschwerlich. Das zeigt der Dokumentarfilm „Sozialdemokraten. Achtzehn Monate unter Genossen“, der am Dienstag (26. Juli) um 22.45 Uhr im Ersten Programm (ARD) gezeigt wird. Er wagt auch einen Blick in die Zukunft der Partei. Eine Filmkritik von Nils Michaelis.*

„Die SPD muss wieder stärker an die Basis gehen, dorthin, wo es brodeln, manchmal riecht und gelegentlich auch stinkt.“ Kaum ins Amt gewählt, sorgte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel beim Dresdner Parteitag für Aufbruchstimmung. Die innerparteiliche Diskussion über zeitgemäße Strukturen und programmatische Leitlinien sind längst nicht abgeschlossen – man denke an die Parteireform oder ein neues Steuerkonzept. Wenige Wochen zuvor, im September 2009, hatte die SPD eine schmerzliche Wahlniederlage hinnehmen müssen. Basis und Führung waren sich einig: So konnte es nicht weitergehen. Doch wo steht die Sozialdemokratie heute? Und wo will sie hin?

Man könnte sagen, dass sich der Dokumentarfilmer Lutz Hachmeister („Schleyer. Eine deutsche Geschichte“) Gabriels Worte zu Herzen genommen hat, wenn auch in umgekehrter Richtung. Eineinhalb Jahre lang begleitete er die Genossen auf ihrer Sinnsuche und erkundete die Stimmung an der Basis. Sozialdemokraten“ zeigt alle Höhen und Tiefen, die die SPD zwischen der verlorenen Bundestagswahl und den Wahlsiegen in Hamburg und Baden-Württemberg erfahren hat. Es ist das Panorama einer lebendigen Volkspartei, die in all ihren Verästelungen beschrieben wird. Hachmeister gelingt mitunter skurrile und ungeschönte Einblicke in Pflichtveranstaltungen. Ob auf einem niedersächsischen Kartoffelfest oder bei Begegnungen mit Betriebsräten im Ruhrgebiet: Mit Stallgeruch wird nicht gegeizt.

### Selbstkritisch und schnörkellos

Der 90-minütige Film kommt ohne Kommentar aus, dafür reflektieren führende Genossen jedweder Strömung – wie unter anderem Frank-Walter Steinmeier, Andrea Ypsilanti, Matthias Machnig, Hannelore Kraft, Andrea Nahles, Gerhard Schröder und eben auch Sigmar Gabriel – die schwierigen Zäsuren der letzten Zeit. Dabei sparen sie nicht an Selbstkritik. In gewohnt schnörkelloser Weise bewertet Peer Steinbrück die innere Verfassung der SPD: „Die jetzigen Veranstaltungsformate, auch die jetzige Organisation, die jetzigen Mechanismen der Macht halte ich nicht mehr zeitgemäß für das 21. Jahrhundert.“ In der nachfolgenden Generation wird der Wunsch nach inhaltlichen Impulsen deut-

lich. „Ich wünsche mir, dass sich die SPD wieder mit grundlegenden Menschheitsfragen befasst“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der "Sozialistischen Jugend-Internationale" (IUSY), Cordula Drautz.

Damit werden die beiden Kernfragen deutlich, die in „Sozialdemokraten“ mal subtil, mal drastisch mitschwingen: Wie sieht zeitgemäße sozialdemokratische Politik aus? Welche Inhalte und Strukturen braucht die Partei, um gerade junge Leute zu erreichen – nicht nur als Wähler, sondern auch als „Personal“. Eines wird gerade in den Worten von Nahles, Kraft und Schröder deutlich: Die SPD muss die eigenen Stärken besser verkaufen. Das heißt auch, sich zu den Reformen der Agenda 2010 zu bekennen, sich gleichzeitig aber auch dafür einzusetzen, damit verbundene Fehlentwicklungen, wie etwa im Niedriglohnsektor, zu korrigieren. Um damit, wie auch Gabriel nach der Premiere des Films in einem Berliner Programmkinos erklärte, den Wert der Arbeit als „Gründungsmythos“ und Alleinstellungsmerkmal sozialdemokratischer Programmatik wieder in den Vordergrund zu stellen.

#### **Basis und Internet**

Gabriel nahm in der Diskussionsrunde nach der Premiere zu manch kritischer Frage selbstironisch Stellung. „Die Sozis schauen gerne in die Vergangenheit, aber sie müssen aufpassen, dass sie nicht mit dem Rücken zur Zukunft stehen“, so der Vorsitzende. Zu künftigen Organisationsformen sagte er: „Die SPD muss zu einer Mitglieder- und Bürgerpartei werden, in der auch die Leute mitmachen, die nicht unbedingt Parteimitglieder sind.“ Gleichwohl ließ er es sich an einigen Stellen nicht nehmen, die Kritik zurückzugeben. Etwa als Replik auf Hachmeisters Anregung, in der Außendarstellung mehr auf die sogenannte Medienkompetenz zu setzen. „Die Parteibasis erreichen sie nicht im Internet, da müssen Sie hingehen“, so Gabriel.

25.07.2011

SPD.de

#### **Nils Schmid:**

### **"Wir sind tief betroffen von den Ereignissen in Norwegen"**

Der Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg Nils Schmid erklärt:

"Wir sind alle tief betroffen von den schrecklichen Ereignissen in Norwegen. Diese unfassbare Tat hat viele junge Menschen das Leben gekostet. Das macht uns alle traurig und ratlos. Unsere Gedanken und Gebete sind bei den Verletzten der Tat und bei den Angehörigen und Freunden der Opfer."

23.07.2011

SPD-BW



#### **Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**

#### **Evelyne GEBHARDT:**

### **"Keine Kompromisse bei der Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder"**

#### **Neue EU-Spielzeugrichtlinie tritt in Kraft**

Ab Mittwoch gelten europaweit strengere Vorschriften für die Vermarktung von Spielzeug. Die neue EU-Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug tritt dann nämlich in Kraft. Die SPD-Europaabgeordnete und Verbraucherschutzexpertin aus Mulfingen **Evelyne GEBHARDT** betont in dem Zusammenhang: "Ständig werden neue Herstellungsverfahren und Materialien für Spielzeuge entwickelt. Es ist daher von größter Bedeutung, dass hohe europäische Anforderungen an die Qualität und die Sicherheit durchgesetzt werden und sich die Verbraucher und Verbraucherinnen in Europa auf sichere Spielzeuge für ihre Kinder verlassen können."

Um Kinder vor giftigen Chemikalien und krebserregenden Stoffen zu schützen, wurden die Grenzwerte strenger geregelt. Außerdem kann zukünftig Spielzeug vorsorglich vom Markt genommen werden, wenn ein ernstzunehmender Verdacht auf eine Gesundheitsgefährdung auftaucht, noch bevor ein wissenschaftlicher Beleg für die Gefährdung vorliegt.

Trotz der neuen strengeren Sicherheitsregeln sieht **Evelyne GEBHARDT** allerdings noch Nachbesserungsbedarf bei der neuen Spielzeugrichtlinie. "Wir Sozialdemokraten hatten darauf gedrängt, dass sowohl eine bessere Marktüberwachung als auch eine Dritt Zertifizierung durch unabhängige Institute eingeführt wird. Leider ist der Antrag bei der Verabschiedung der neuen EU-Spielzeugrichtlinie an dem beharrlichen Widerstand von Konservativen und Liberalen gescheitert. Strengere Sicherheitsregeln machen aber nur dann Sinn, wenn sie von unabhängigen Dritten kontrolliert und zertifiziert werden", kritisiert die Hohenlohische Sozialdemokratin **Evelyne GEBHARDT**.

"Nun liegt es an den europäischen Mitgliedstaaten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Kinder besser zu schützen", so **Evelyne GEBHARDT** abschließend.

#### **Hintergrund:**

Die Europäische Spielzeugrichtlinie, die am 18. Juni 2009 im Plenum abgestimmt wurde, tritt am

Mittwoch, 20. Juli 2011, in Kraft. Dringend benötigte Sicherheitsfortschritte für Kinderspielzeug werden darin umgesetzt und die bestehenden Regelungen zur Vermarktung von in die EU importiertem oder in der EU hergestelltem Spielzeug werden verbessert.

Brüssel, 19.07.2011

Für weitere Informationen:  
Büro Evelyne Gebhardt  
und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

### Udo BULLMANN:

## **„Verschärfung der Eigenkapitalregeln nicht auf Kosten des Mittelstandes“**

### **Sozialdemokraten fordern intelligentes Design für neue Eigenmittelanforderungen**

Die Europäische Kommission stellte am Mittwoch Gesetzesinitiativen zur Regulierung des Bankensektors in Brüssel vor. Die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie soll vor allem sicherstellen, dass Banken auf künftige Krisen robuster reagieren. „Die Banken sind in den vergangenen Jahren überhöhte Risiken eingegangen und haben Kredite von der Rampe weg vergeben. Die Vorgabe höherer Eigenkapitaldecken wird die Kultur sorgfältiger Kreditvergabe stärken“, meinte der SPD-Europa-abgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, **Udo BULLMANN**.

Die Kommission kommt mit ihren Vorschlägen wesentlichen Forderungen des Europäischen Parlaments entgegen. Allerdings warnte **Udo BULLMANN** davor, mit gut gemeinten Maßnahmen nicht die falsche Wirkung zu erzielen: „Die höheren Eigenmittelanforderungen werden den Spielraum der Banken einschränken. Das muss auf Kosten kurzfristiger, überhöht renditeträchtiger und spekulativer Geschäfte gehen. Die aufsichtsrechtlichen Standards müssen wir daher so ausgestalten, dass die Kreditvergabe für die Realwirtschaft nicht abgewürgt wird.“

EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier kündigte auch Maßnahmen an, die externe Ratings betreffen. **Udo BULLMANN** hierzu: „Wir müssen die Bedeutung externer Ratings in unserem Regulierungsrecht beseitigen und die Marktmacht der Ratingagenturen durch die Schaffung einer europäischen Ratingagentur brechen.“ Doch sei es vollkommen unverständlich, dass die EU-Kommission über eine durchgreifendere Neuregelung des Ratingmarktes weiter Zeit ins Land gehen lassen wolle.

„Wir brauchen heute schon dringend mehr Wettbewerb unter den Ratingagenturen und insbesondere die Schaffung einer öffentlichen europäischen Agentur. Diese Frage auf den Herbst zu verschie-

ben, könnte bedeuten, dass die europäische Wirtschaft am Ende den Preis für die Untätigkeit zahlen muss“, fürchtet der SPD-Finanzexperte.

Brüssel, 20.07.2011

Für weitere Informationen:  
Büro Bullmann  
über: Evelyne Gebhardt, MdEP

### Udo BULLMANN:

## **"Nur wer mehr Europa durchsetzt, rettet die Eurozone"**

### **EU-Regierungschefs müssen sich beim Sondergipfel auf großen Schritt einigen/ Euro-Fonds mit starkem Mandat ausstatten**

Der Euro-Sondergipfel an diesem Donnerstag müsse endlich die von Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgehende Lethargie überwinden, fordert der Finanzexperte der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament **Udo BULLMANN**. „Der Sondergipfel muss das Ziel haben, einen drohenden Flächenbrand zu verhindern.“ Ansonsten werfe man Griechenland den Märkten zum Fraß vor und damit womöglich auch andere südliche EU-Mitgliedstaaten. „Das ist allerdings nur mit einer großen Lösung möglich“, stellt Udo BULLMANN klar. „Wenn die Euro-Regierungschefs sich wieder nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, verspielen sie endgültig die Chance eines echten Befreiungsschlages!“, mahnt der SPD-Finanzexperte.

Ein Ausweg aus der fatalen Schuldenkrise sei durchaus möglich: „Es wird endlich Zeit, dass die Regierungschefs den Euro-Rettungsfonds mit einem starken Mandat ausstatten. Ermächtigt man beispielsweise den Fonds, selbst Anleihen aufzukaufen und in ein System der Eurobond-Emission einzusteigen, könnte allein die Ankündigung einen echten Auftrieb an den Märkten auslösen.“

**Udo BULLMANN** fordert den Einstieg in einen Europäischen Währungsfonds sowie einen gemeinsamen Eurobonds-Markt, um damit die Spekulation gegen die Eurozone auf Dauer zu beenden. „Darüber hinaus wäre die zügige Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein ausgezeichnetes Mittel, die Finanzspekulanten an den Rettungskosten zu beteiligen“, so **Udo BULLMANN**. „Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone müssen bei ihrem Zusammentreffen politische Führungsstärke zeigen und echte europäische Beschlüsse fassen: Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger. Wir können es uns nicht mehr leisten, den Ball den Finanzmärkten zuzuspielen. Ansonsten machen wir Europa kaputt!“

Brüssel, 20.07.2011

Für weitere Informationen,  
Interviews und Kommentare während und nach  
dem Sondergipfel: Dr. Udo Bullmann  
über: Evelyne Gebhardt, MdEP

## **SPD Bundestagsfraktion**

### **AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration:**

#### **Soziale Gerechtigkeit statt Zwangsdiät für den Staatshaushalt**

*Zum Fachgespräch „Reformvorschläge zur Steuer- und Abgabepolitik – Verteilungspolitische Auswirkungen“ der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe **Hilde Mattheis**:*

Die Überschrift einer neuen sozialdemokratischen Steuer- und Abgabekonzeption muss mehr soziale Gerechtigkeit, der Abbau von Verteilungsungerechtigkeit und verbesserte staatliche Handlungsfähigkeit sein. Das Fachgespräch hat deutlich gemacht, dass das derzeitige System diese Anforderungen nicht mehr erfüllt. Bei der Einkommensverteilung nahm die Ungleichheit stark zu, das Steuer- und Abgabensystem findet darauf bisher keine Antwort. Für Steuersenkungen, wie sie von der FDP, der CSU und Teilen der CDU gefordert werden, bestehen keinerlei Spielräume und im derzeitigen Aufschwung auch keine Notwendigkeit. Es kann nicht geleugnet werden, dass die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen dringend stabilisiert werden muss.

Die zunehmende soziale Ungleichheit ist eine der dringendsten Herausforderungen. Große Einkommen und Vermögen müssen wieder stärker in die Verantwortung genommen werden. Erforderlich ist eine höhere Einkommensbesteuerung bei Spitzenverdienern und auch eine wirksame Vermögensbesteuerung sowie die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei den Sozialversicherungen. So werden progressive Elemente im Steuer- und Abgabekonzept gestärkt.

Der Staat ist unter anderem angesichts der sich durch die Finanzmarktkrise auftürmenden Aufgaben unterfinanziert. Der jetzige wirtschaftliche Aufschwung muss zur Vorsorge für die nächste Wirtschaftskrise genutzt, die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden nachhaltig gesichert werden.

**28. Juni 2011**

**SPD-Bundestagsfraktion**

## **Bundesregierung darf keine Waffen nach Saudi-Arabien liefern!**

***Zum Export von deutschen Rüstungsgütern in Milliardenhöhe nach Saudi-Arabien erklärt die Ulmer Abgeordnete Hilde Mattheis:***

Kriegswaffenexporte in Spannungsgebiete sind nach den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ grundsätzlich untersagt. Deutsche Firmen dürfen keine Kriegswaffen in gefährdete Regionen exportieren. Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zu internen Repressionen oder zu systematischen Menschenrechtsverletzungen verwandt werden.

Die Lieferung von Waffen an Saudi-Arabien widerspricht nicht nur diesen Grundsätzen, sondern auch den vom gemeinsamen Rat der Europäischen Union aufgestellten Regeln für die „Kontrolle und Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“. Dort werden 8 Kriterien zur Ausfuhr von Waffen festgelegt. Diese Kriterien verpflichten ebenfalls die Staaten, nicht an Länder auszuliefern in den Menschenrechtsverletzungen oder die Verschärfung von Konflikten zu erwarten sind.

Die Bundesregierung muss sich an die Rüstungsexportlinien der Bundesregierung halten und die Lieferung von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien rückgängig machen. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Waffen dort für systematische Menschenrechtsverletzungen gegen die eigene Bevölkerung und die dort entstandene Demokratiebewegung eingesetzt werden.

Die Bundesregierung muss für Transparenz ihrer Entscheidungen sorgen und das Parlament mit einbeziehen. Die Lieferung von Waffen nach Saudi-Arabien ist ein Skandal, der sich nicht wiederholen darf. Waffenexporte an autokratische Regime sind unvereinbar mit dem Grundsatz der Achtung von Menschenrechten und Demokratie. Die Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern dürfen nicht umgangen werden.

**Berlin, den 8. Juli 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB**

## **Peter Friedrich**

So kann es gehen. Man hält den Atem an, ist erstaunt und ein wenig nachdenklich. Im „Willywähen“-Jahr 1972 ist er am Sitz des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesgerichtshofes und des Oberlandesgericht (ich lese immer Gericht. Ich



kriege langsam Hunger) zur Welt gekommen, hat am Thomas-Mann-Gymnasium in Stutensee das Abitur absolviert (mit der beachtlichen Note 1,3). Nach dem Zivildienst bei der AWO kratzt er die Kurve im Norden und nimmt an den Gestaden des Schwäbischen Meers (Verzeihung: ...des südbadischen Binnen-Meers) das wissenschaftliche Studium der Verwaltungswissenschaften auf. Mit 18 Jahren entscheidet er sich für den Parteibeitritt, zwei Jahre später debütiert er schon als stellvertretender Landesvorsitzender der baden-württembergischen Jungsozialist/innen und ist mit 25 Jahren neu gewählter Chef des Nachwuchsverbandes der Südwest-SPD. Dann geht es Schlag auf Schlag (aua!) er arbeitet sich voran, Antragskommission bei der Landes- und der Bundespartei, kommt in den Landesvorstand, ins Landes-Partei-Präsidium und wird 2004 Kreisvorsitzender bei der SPD im Kreis Konstanz und auch noch (Achtung Ämter-Häufung) AWO-Präsident. Die Internetseite der Kreis-SPD führt ihn noch am 7. Juli als Kreisvorsitzenden auf.



Verheiratet ist er mit der jungen Mutter und Rechtsanwältin (und Konstanzer Gemeinderätin) Hanna Binder. Was willst du noch mehr?

Ihm gelingt es, in der Stadthalle von Albstadt am 16. Juli 2005 Ute Vogt und die Delegierten des Landeslistenparteitages davon zu überzeugen, dass ein sicherer Listenplatz auf der Landesliste sehr gut wäre. Und er bekommt ihn: Platz 13 zwischen Karin Roth vorher und Renate Gradistanac nachher. Und so zieht er bei der denkwürdigen, von Schröder und Müntefering nach der NRW-Landeswahl in Gang gesetzten Neuwahl des Deutschen Bundesta-

ges, im September in den Berliner Bundestag ein und arbeitet dort im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Die SPD-Fraktion im Bundestag beruft ihn zum Beauftragten für den Mittelstand und die Freiberufler. Außerdem wird er Obmann der SPD in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Und das reicht noch nicht: Er wird Sprecher der Gruppe „Youngsters“ in der Bundestagsfraktion. Das Jahr 2009 ist dann für ihn ein entscheidender Karriere-Zeitpunkt. Der Landesvorstand muss nach dem betrüblichen Abgang von Jörg Tauss als Generalsekretär der Südwest-SPD schnell einen Nachfolger suchen. Es ist ja schließlich Wahlkampf (Bundestagswahl). Am 14. März wird er „kommissarischer“, am 27. November beim Landesparteitag dann „richtiger“ SPD-Landesgeneralsekretär. Warum? Weil er dreimal vorher die kräftezehrenden Versammlungen der Bodensee-Internationale ohne erkennbare Blessuren durchgehalten hat. So einer wird selbstverständlich auch ins Kandidat/innen-Team von Nils Schmid für die Landtagswahl am 27. März 2011 berufen.

Nach der Landtagswahl ist er aktiver Teilnehmer bei den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen für die neue baden-württembergische Landesregierung.

Das Leiterle hat noch ein paar Stufen frei nach oben. Nils Schmid, der neue stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft und Finanzen, nominiert ihn zum Minister für die Bundesratsangelegenheiten, für die Koordinierung der Europapolitik (soweit die Landespolitik darauf Einfluss nehmen kann) und internationale Angelegenheiten.

Am 12. Mai 2011 wird er vor dem versammelten Landtag zum Minister offiziell vorgeschlagen und vereidigt. Er hat als Nachfolger des Amtsvorgängers, Professor Dr. Wolfgang Reinhart (CDU) Mitglied der baden-württembergischen Minister im Bundesrat und Chef der baden-württembergischen Landesvertretung nahe beim Tiergarten in Berlin. Er hat einen Ruf zu verteidigen. Die BW-Landesvertretung war früher unter der CDU-Ägide immer das traditionelle Lokal für die Vorbereitung der CDU-Ministerpräsidenten auf die Bundesratssitzung und andere wichtigen Bundes-Termine in Berlin. Als „Minister für Saus und Braus“ hatte der Professor immer dafür gesorgt, dass Kühlschränke und Tiefkühltruhen in der Landesvertretung immer gut gefüllt waren. Sein junger Nachfolger kümmert sich um diese wichtige Herausforderung mit großer Umsicht und Sorgfalt. Eine weitere Leistung: Seinem gesundheitspolitisch bemerkenswerten Vorschlag zufolge bringt die baden-württembergische Bundesratsdelegation den Weg von der Landesvertretung zum Bundesratsgebäude in der Leipziger Straße in Berlin nicht mit dem Mercedes S-Klasse, sondern vorbildlich in einem 10-minütigen Fuß-

marsch hinter sich. Ministerpräsident Kretschmann war „ganz begeistert“ von der Idee.

Am 27. Mai wird sein Bundesratsminister noch was: Vorsitzender des Bundesratsausschusses für Fragen der Europäischen Union. (jetzt ein wenig durchschnaufen...) Am 10. Juni kommt noch ein Ämtle hinzu: Für den CDU-Landtagsabgeordneten Ulrich Müller (Bodenseekreis) rückt er in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks (swr) nach. (Nochmal durchschnaufen....) Als jungdynamischer Politiker vom Bodensee packte sein Chef in der Villa Reitzenstein in Stuttgart ihm noch eine Aufgabe auf die Schulter. Er ist für die neue Landesregierung zuständig für die baden-württembergische Vertretung im Gremium der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), gegründet 1972 auf Initiative von Filbinger. In der IBK treffen sich alljährlich einmal die Regierungsrepräsentantinnen und -Repräsentanten der Anrainerländer Bayern und Baden-Württemberg und der Schweizer Kantone St. Gallen, Appenzell, Zürich, Thurgau, Schaffhausen, nicht zu vergessen das österreichische Bundesland Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein. [www.bodenseekonferenz.org](http://www.bodenseekonferenz.org)

Noch öfters treffen sich die Fachkommissionen. Als erste politische Initiative in dieser Eigenschaft reklamierte er ein besseres Marketing für den Tourismus in der Bodenseeregion. Kann nicht schaden! Die Anrainer des Sees wollen den Auftritt der Region im Dreiländereck stärker vereinheitlichen, sagte er. Ein neues Logo und eine „Philosophie des Zusammenhalts“ soll die IBK entwerfen. Gemeinsame Strategien wie die Überwindung des Fachkräftemangels und der Erfolg der Energiewende wird die Medien-Kommission der IBK in eine „Dachmarke“ in einem Prozess von unten unter der Beteiligung der Seehasen nach Entwürfen der Konstanzer Agentur Bodensee Standort Marketing generieren. Was fehlt ihm denn jetzt noch?

Der Rote Seehase hat ihm zum Geburtstag gratuliert und vorgeschlagen: Papst, UN-Generalsekretär oder Mister Universum.

W. Bernhard

## **Alfred Winkler neuer stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Energiewirtschaft**

Alfred Winkler, langjähriger Landtagsabgeordneter aus Rheinfelden-Herten, wurde am Donnerstag, 09. Juni 2011, einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden des neuen Landtags-Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Energiewirtschaft gewählt. „Ich freue mich auf diese neue Aufgabe. Es ist eine große Ehre für mich von Kolleginnen und Kollegen

aus allen Fraktionen in dieses Amt gewählt worden zu sein“, so Alfred Winkler.

Alfred Winkler wurde am 17.05.2011 in geheimer Wahl erneut ohne Gegenstimme zum Sprecher des Arbeitskreises **Ländlicher Raum** und Verbraucherschutz der SPD-Landtagsfraktion gewählt.

**Aus Homepage Alfred Winkler**

**Zwar stammt der nachfolgende Artikel noch aus der Oppositionszeit (10/2010), ist aber immer noch aktuell. Die bei der alten Landesregierung im letzten Abschnitt kritisierten Zustände können nun von der neuen Koalition geändert werden.**

**Im Anhang dieser Ausgabe gibt eine Datei: „Stichworte - Zahlen - Ländlicher Raum“ Erläuterungen zum Artikel.**

**Die Redaktion**

## **Den Ländlichen Raum stärken**

Der Ländliche Raum, der mehr als drei Viertel unserer Landesfläche ausmacht, ist mit seinen Eigenarten und Landschaften ein wichtiges Gegengewicht zu unseren Städten und Ballungsräumen.

Im Ländlichen Raum Baden-Württembergs leben etwa 60 Prozent der Bevölkerung. Ländliche Räume sind die Verdichtungsgebiete der Stadt-Umland-Bereiche ebenso wie die deutlich dünner besiedelten, großflächigen ländlichen Gebiete.

In den schwächer besiedelten Bereichen ist der Ländliche Raum heute immer stärker durch die Ausdünnung der Infrastruktur bedroht. Die Wege zu Ämtern, Banken und Geschäften werden länger. Zugleich wachsen die Ansprüche an den Ländlichen Raum als Erholungsraum, Wirtschaftsraum und Naturraum gewachsen.

Der Ländliche Raum ist durch eine ganze Reihe charakteristischer Eigenschaften geprägt, angefangen von den schwierigeren Verkehrsverbindungen über die andere kulturelle Ausstattung bis hin zu einer anderen Wirtschaftsstruktur. Dabei ist die Lebensqualität im Ländlichen Raum in vielerlei Hinsicht höher als in den Ballungsgebieten. Im Zuge der immer weiter gehenden Verstädterung und Industrialisierung unseres Landes verlieren die ländlichen Gebiete insbesondere fernab der großen Städte dennoch zunehmend an Attraktivität.

### **Was wir wollen**

Eine gute Politik für den Ländlichen Raum darf die Ballungsräume nicht in verkleinertem Maßstab kopieren, sondern muss die prägende Eigenart von Dorf-, Landschafts- und Arbeitsstrukturen berücksichtigen. Dabei müssen das soziale Dorfleben, die

wohnnah Grundversorgung, die Vereinskultur und die typischen Wohnstrukturen genauso erhalten bleiben wie die durch bäuerliches Wirtschaften geprägte Kulturlandschaft. Die langfristig gesicherte Produktion gesunder Lebensmittel als ökonomisches Standbein ist nicht weniger wichtig als der nachhaltige Schutz unserer Wälder, Fluren und Gewässer. Naturschönheit, Ruhe, eine bessere Luft und ein engerer sozialer Zusammenhalt reichen jedoch angesichts der heutigen Ansprüche von Seiten der Wirtschaft wie auch aus privater Sicht nicht aus, die weitere Verstädterung zu vermindern und die Abwanderung aus den dünn besiedelten ländlichen Gebieten zu stoppen.

### **Unsere Hauptforderungen lauten deshalb:**

Die Wirtschaftsförderung ist konsequent auf Dienstleistungen, den Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und Tourismusangebote auszurichten.

Wo Marktmechanismen nicht greifen, muss das Land sich für einen schnellen Ausbau der Breitbandversorgung einsetzen und dies auch fördern. Dabei müssen auch die neuesten Techniken wie die Funkübertragung (Stichwort: Digitale Dividende) genutzt werden, wo kabelgebundene Lösungen zu teuer sind.

Über gezielte Fördermaßnahmen des Landes muss im Tourismus die regionale Zusammenarbeit von Gemeinden, Landkreisen, Gesundheitswesen und Tourismuswirtschaft vorangetrieben und damit das Regionalbewusstsein verbessert werden. Die SPD verlangt eine zentrale, privatrechtlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaft Baden-Württemberg, die auch die Tourismusförderung umfassen soll. Die neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft übernimmt dann Aufgaben der Regionalförderung und erstellt in Abstimmung mit den vor Ort tätigen Tourismusorganisationen für das ganze Land ein Tourismuskonzept. Finanziell muss sie so ausgestattet sein, dass sowohl die Pauschal- wie auch die Projektförderung langfristig gesichert ist. Nur so lässt sich der Heilbäder- und Tourismusbereich von kurzfristigen landespolitischen Entscheidungen unabhängig machen.

Der verstärkte Trend zum sanften Tourismus, zum Radtourismus und zum Ökotourismus muss auch mehr als bisher mit Angeboten aus dem Gesundheitssektor und dem Wellness-Bereich verknüpft werden. Die überaus reiche Ausstattung Baden-Württembergs mit hochwertigen Naturräumen muss viel stärker touristisch genutzt werden.

Im Ländlichen Raum ist das Angebot an Ganztagschulen und Regionalschulen zügig zu erweitern und ein flächendeckend wohnortnahes Schulangebot zu sichern. Die vorhandenen Angebote an Familien-, Jugend-, Erwachsenen- und Weiterbildung sind optimal aufeinander abzustimmen und weiter zu verbessern. Die Übergangsquoten von der

Grund- auf die Realschule und das Gymnasium sind im dünn besiedelten Ländlichen Raum immer noch geringer als in den Ballungsgebieten. Zudem sind Eltern und Schüler durch lange Anfahrtswege und entsprechend hohe Beförderungskosten belastet.

Der verstärkte Aufbau von Regionalen Schulen, bei denen Haupt- und Realschule unter einem Dach zusammengefasst sind, wird auch im Ländlichen Raum bessere Chancen auf einen mittleren Bildungsabschluss eröffnen. Auch Gymnasien müssen in erreichbarer Nähe liegen. Ein hinreichendes Angebot von Ganztageschulen ist im Ländlichen Raum besonders geboten. Ganztageschulen werden gerade hier zum Standortvorteil für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie für die Kommunen insgesamt.

Das Land muss alle Anstrengungen unternehmen, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Öffentlichem Nah- und Fernverkehr, schienengebundenem Güterverkehr und ein leistungsfähiges Straßennetz aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Baden-Württemberg braucht flächendeckend Verkehrsverbünde. Die Anbindung des Ländlichen Raums an die bestehenden Hauptverkehrsströme, an Autobahnen und Fernverbindungen des Schienenverkehrs und an die vorhandenen Bundeswasserstraßen muss dringend weiter verbessert werden. Wichtig ist auch der weitere Ausbau von Ortsumgehungen, um die mit einer guten Verkehrsanbindung einhergehenden Probleme der Lärm- und Immissionsbelastung zu vermindern.

Einige Mittelzentren wurden durch die Deutsche Bahn vom Fernverkehr abgehängt. Nicht zuletzt durch verstärkten Wettbewerb auf der Schiene und klare Ausschreibungsvorgaben sind sie möglichst schnell wieder durch Regionalverkehre an die Oberzentren anzubinden.

Die Fördermittel für den Ländlichen Raum sind schwerpunktmäßig auf Maßnahmen zu konzentrieren, die auf eine gute Versorgung mit Gesundheitsdiensten sowie Kultur und Sport ausgerichtet sind. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten und mit Apotheken im Ländlichen Raum gesichert wird. Eine ausreichende Versorgung mit Rettungsdiensten muss ebenfalls gesichert werden.

Die SPD macht sich auch dafür stark, dass im Ländlichen Raum ausreichend wohnortnahe ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen vorhanden sind. In der stationären Pflege setzen wir im Ländlichen Raum auf kleine dezentrale, mit ambulanten Pflegediensten vernetzte Einrichtungen.

Das Land muss helfen, Grundangebote von Handel und Dienstleistungen auch dort sicherzustellen, wo dies allein marktwirtschaftlich nicht mehr geleistet werden kann.



In immer mehr Dörfern und sogar in Stadtteilen von Mittelzentren schließen Geschäfte, Postfilialen, nicht selten auch der letzte Bäcker und Metzger. Damit sind all diejenigen, die kein Auto zur Verfügung haben, in einer prekären Situation. Die Wohn- und Lebensqualität sinkt spürbar. Schon jede zehnte Gemeinde ist unterversorgt. Die Versorgung der Dörfer mit Postdienstleistungen und ihre Versorgung mit einem hinreichenden Angebot an öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Sparkassen und Kreditinstituten müssen unbedingt gewährleistet bleiben.

Auch die Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs gilt es für alle Nichtautobesitzer sicherzustellen. Hierzu müssen Land und Kommunen, wo erforderlich, Hilfen wie verbilligte Ladenmieten oder Förderung eines mobilen Verkaufsbusses anbieten.

Die Einrichtung von landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften mit gemeinsamer Vermarktung in eigenen Geschäften kann, wie mancherorts bereits praktiziert, die Grundversorgung mit Lebensmitteln ebenfalls sichern helfen. Die Direktvermarktung erlaubt hier sogar günstige Preise.

Der Ländliche Raum benötigt eine ausreichende Ausstattung mit Landesbehörden, Polizeirevieren und -posten sowie Gerichten und Finanzämtern. Unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität und Bürgernähe müssen möglichst viele Selbstverwaltungsaufgaben und staatliche Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden. Hier kommen beispielsweise Aufgaben wie die Kfz-Zulassung, das Fahrerlaubniswesen sowie Zuständigkeiten im Naturschutzrecht, Wasserrecht, Straßenrecht, Immissionsschutzrecht, Gewerberecht, Bodenschutzrecht und Straßenverkehrsrecht in Betracht. Leistungsfähige Gemeinden können dabei staatliche Aufgaben auch für umliegende Gemeinden wahrnehmen. Im Rahmen des Verwaltungsreformprozesses sind insbesondere die Möglichkeiten des internetgestützten Angebotes von Verwaltungsleistungen (E-Government) konsequent weiter zu entwickeln, um den Bürgerinnen und Bürgern im Ländlichen Raum einen umfassenden Service anzubieten.

#### **Kritik an der Landesregierung:**

Die CDU/FDP-Regierung lässt den Ländlichen Raum im Regen stehen: weder findet eine gezielte und maßgeschneiderte Wirtschaftsförderung statt, noch werden die Bildungsmöglichkeiten im Ländlichen Raum verbessert. Neue wegweisende Ansätze der Verknüpfung von Tourismus und Naturschutz oder des Ökolandbaus mit der Direktvermarktung werden ignoriert anstatt gefördert.

10.10.2010

Alfred Winkler, MdL

## **SPD - Kreisverband Bodenseekreis**



### **B31 Ortsumfahrung Friedrichshafen**

#### ***Staatssekretär Scheuer stellt Machbarkeitsprüfung zur privaten Vorfinanzierung hintan.***

Im März hatte der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr Dr. Andreas Scheuer (CSU) vor der Landtagswahl versprochen, bis vor der Sommerpause prüfen zu lassen, ob und wie sich die B31 Ortsumfahrung Friedrichshafen privat vorfinanzieren ließe. Als am 30. Juni, also kurz vor der Berliner Sommerpause, der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster bei Scheuer schriftlich nachfragte, ob und wann die Bundesregierung beabsichtige, „die Ortsumfahrt B31 privat vorfinanziert zu bauen“, erhielt Gerster eine für Friedrichshafen äußerst unbefriedigende Antwort, wie er am 11.07.2011 auf einer Sitzung des Vorstandes der SPD Bodenseekreis in Langenargen berichtete. In guter Tradition, wenn mal wieder ein „schwarzes“ Berliner oder Stuttgarter Regierungsmitglied seine Hausaufgaben bezüglich Verkehrspolitik im Bodenseekreis nicht gemacht hat, geht Scheuer nicht auf sein Versprechen ein, das er vor der Landtagswahl gegeben hat, sondern verweist auf die neue grün-rote Landesregierung, mit der man sich abstimmen wolle. Dieses Vorgehen nannten Adnan Sabah, der SPD-Kreisvorsitzende und MdB Martin Gerster einen Offenbarungseid. Hier werde auf dem Rücken der vom Durchgangsverkehr geplagten Friedrichshafener Bevölkerung schwarzer Peter gespielt, indem man Friedrichshafen die im März versprochene Prüfung über eine private Vorfinanzierung der Ortsumgehung verweigert.

13.07.1011

Dietram Hoffmann,

Medienreferent SPD-Bodenseekreis

### **Kreisvorstand debattiert über Parteireform**

Gretel Schwaderer (Kluftern) und Holger Maas (Langenargen) haben nicht ganz unrecht, wenn sie am Rande der Sitzung nahe der Uferpromenade in Langenargen einwenden: „Wir beschäftigen uns wieder mit uns selber, statt dass die Partei mit

engagierten Initiativen für Probleme vor Ort ihr Profil bei den Wähler/innen verbessert....“

Zusammen mit Ulrich Möhrle, dem Regionalgeschäftsführer der SPD Südwürttemberg, mit MdB Martin Gerster, mit Rudolf Bindig und Norbert Zeller diskutierte der SPD-Kreisvorstand über das künftige Grundsatzprogramm der SPD zum Organisationsrahmen für die Parteiarbeit in den kommenden Jahren.

Maas berichtete eingangs über zwei erfolgreiche Initiativen des Ortsvereins: Die Bahn stimmt einem zweiten Haltepunkt in Langenargen im Interesse der Schüler und Pendler zu. Und: Zusammen mit dem CDU-Bürgermeister Rolf Müller hat die Orts-SPD einen Bürgerentscheid erfolgreich eingefädelt, um die existenzbedrohte Hauptschule zu erhalten mit einem neuen Schulkonzept. Die Sozialdemokraten in der Ufergemeinde haben 38 Mitglieder.

Ulrich Möhrle erinnerte an den Beschluss des Parteitages von Dresden im November 2009, eine weitere Parteireform auf den Weg zu bringen. Am Samstag, 6. August 2011 tagt dazu eine mitgliederoffene Konferenz in Hotel „Waldhorn“ in Ravensburg. Sie beginnt um 13 Uhr und richtet sich an Mitglieder, Funktionsträger/innen und Abgeordnete in der SPD Südwürttemberg.

Konfliktpunkte in den Plänen von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles sind bekanntlich erweiterte Rechte von Sympathisanten (also Noch-Nicht-Mitgliedern) bei innerparteilichen Entscheidungen im Wege von Vorwahlen nach dem Beispiel in den USA. In der SPD umstritten sind außerdem die drastische Verkleinerung der Führungsgremien in der Bundespartei und die Konsequenzen für schwächelnde Ortsvereine: Zusammenlegung oder Auflösung. In einem Punkt war sich die Runde gleich einig: Partei und Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass alternative Formen als Anlaufstellen für neue Mitglieder vor Ort gefunden werden müssen, wenn aus finanziellen Gründen Regionalgeschäftsstellen geschlossen werden. Eine schwierige, aber unerlässliche Herausforderung, wenn dem verbreiteten Mitgliederschwund landauf, landab entgegen gewirkt werden soll! Möhrle sinnt über einen „Parteiladen“ vor Ort nach, wo interessierte Bürger/innen gezielt Infos über SPD-Lösungen für aktuelle Probleme abholen können (zusätzlich zu den Angeboten im Internet). Warum nicht alle 4 Wochen einen Infostand auf dem Wochenmarkt aufbauen, auch wenn nicht gerade Wahlkampf ist? Wie nutzt die SPD vor Ort die Möglichkeit, ihre Infos kostenlos im örtlichen Gemeindemitteilungsblatt an die Haushalte zu bringen? Sport- und Musikvereine sind da viel fleißiger.

Dieter Stauber warnte vor einer weiteren Relativierung des Mitgliederbeitrages, um neue Mitglieder zu gewinnen. Die SPD hat mehr davon, wenn sie aktiv und nachdrücklich an Themen und deren Lö-

sungen arbeitet, die die Mitbürger/innen aufwühlen. Durch ein Stimmrecht für Nichtmitglieder bei innerparteilichen Entscheidungen darf die offizielle Mitgliedschaft in einer Partei nicht abgewertet werden, mahnte Rudolf Bindig. Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster rief die Ortsvereine dazu auf, bei der Einladung von prominenten SPD-Landesministern und –Staatssekretären für Veranstaltungen vor Ort g r u n d s ä t z l i c h den Bürgermeister und die kommunalen Behördenleiter/innen (Schulrektoren, Vorsteher des Polizeireviers usw.) einzuladen.

Norbert Zeller erinnerte an die Mitarbeit künftiger Mitglieder in den parteinahen Arbeitsgemeinschaften und an öffentliche Themenforen vor Ort, bei denen auch Nichtmitglieder Rederecht und Beteiligungsrecht bei einem informellen Meinungsbild hätten. Die Beteiligung der offiziellen Mitglieder bei parteiinternen Entscheidungsprozessen könnte durchaus noch ausgeweitet werden, ist er überzeugt.

Adnan Sabah, der SPD-Kreisvorsitzende, erinnerte an den verstorbenen Politiker Hermann Scheer, der in der Energie- und Solarpolitik ein bundesweites Profil über die Parteigrenzen hinweg entwickelt hat: „Warum kann nicht jedes Mitglied in einem Parteipremium, vom Parteivorstand im Bund bis zum Ortsvereinsvorstand, sich in 1 Themenfeld einarbeiten und so für andere Mitglieder oder für die Medien zum Experten/zur Expertin werden?“

Karl-Heinz König wandte ein, dass sich die Partei den herben Mitgliederverlust (mehr als die Hälfte) seit acht Jahren hätte sparen können, wenn die Hartz-IV-Reformen in einer flächendeckenden Kampagne in den Jahren 2003-2005 den Menschen vor Ort besser erklärt worden wären, von handwerklichen Mängeln und Ungerechtigkeiten mal abgesehen.

Norbert Zeller berichtete von einer Initiative der SPD im Kreistag, wonach das Landratsamt jetzt jährlich einen Bericht über die Situation zur Umsetzung der Inklusionsvorschrift der UNO (Barrierefreiheit für behinderte Menschen vom Kleinkind angefangen bis zu den Erwachsenen) veröffentlicht. Am 17. September lädt die SPD zu einem Wahlhelfer-Fest für die Aktiven im Landtagswahlkampf ein, im Kanuclub in Friedrichshafen.

Leon Hahn, der Salemer Juso-Kreisvorsitzende, plädierte für eine moderne Diskussions- und Sitzungskultur, für weniger Zeitverschwendung durch langwierige, ritualbelastete Treffen, um mehr junge Leute und mehr Frauen für das Mitmachen in der Partei zu gewinnen.

Nur als „allerletzte Konsequenz“ kommentierte Rudolf Bindig das Problem der Zusammenlegung oder gar der Auflösung von Ortsvereinen, wenn nichts anderes mehr übrig bleibt. Die Verantwortung für

die Stärkung der Parteiarbeit vor Ort tragen die Kreisverbände zusammen mit der Regionalgeschäftsstelle.

Für den Landesparteitag in Offenburg im Oktober soll ein Antrag zur Parteireform eingereicht werden. Aber das Bemühen um inhaltliche Vorstöße zu bestimmten Themen in der Region (Fernstraßenbau, Energiewende, Schulstruktur vor Ort, Gesundheitsreform und Pflege- siehe oben) wird dabei nicht vernachlässigt!

13.07.2011 W. Bernhard

## Atomausstieg beschlossen – was nun weiter?

### *Ute Vogt im Gespräch in Bermatingen/Ahausen*

AHAUSEN, 15.07.2011 – Eingeladen von den SPD-Ortsvereinen Bermatingen und Deggenhauser-tal sprach im Gasthaus Frieden vor nahezu 40 ZuhörerInnen Ute Vogt, ehemalige Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, zum Atomausstieg und dem Umstieg auf erneuerbare Energien. Die Bundestagsabgeordnete ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss Gorleben gehört das Thema **sichere Endlagerung** für die ehemalige Innenpolitikerin zu ihrem Wirkungskreis.

Mit der Bemerkung: „Der Atom ausstieg ist super, aber die Arbeit fängt neu an“ leitete sie ihre Ausführungen ein. Es war ein weiter Weg von der Euphorie für die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ bis zu den Ausstiegsszenarien der letzten Jahre. Laut Vogt war es ein Weg der Irrtümer. Karl Friedrich von Weizsäcker glaubte noch 1969 an problemlose Beseitigung des Atommülls – bis heute gibt es weltweit noch kein Endlager für den „großen Koffer Atommüll“. Über Erhard Eppler und Hermann Scheer zog sie den Bogen der Atomausstiegspolitik der SPD hin zum Beschluss von Rot/Grün am 17. Juni 2000.

So begrüßenswert der jetzige Beschluss der Bundesregierung – getragen auch von SPD und Grünen – ist, hat diese Korrektur des „Ausstiegs vom Ausstieg“ zwei erhebliche Mängel vorzuweisen:

- viel Zeit und Geld wurden vergeudet
- der Ausstieg erfolgt in weitgehendem politischem Konsens, jedoch **nicht im Konsens** mit der Energiewirtschaft

Während noch beim ersten Atomausstieg Rot/Grün und Energiewirtschaft garantierten, sich dauerhaft für den Ausstieg einzusetzen, fehlt nun die Zustimmung der Energiewirtschaft.



Foto: über Andreas Kemmer

Da sich unter den jetzt stillgelegten AKWs teilweise gleich alte und/oder gleich sicher eingestufte AKWs befinden, liegt es nahe, dass Schadenersatzklagen der Energiewirtschaft Erfolg versprechen sein dürften.

Ganz entschieden lehnte Ute Vogt die Gedanken der Bundesregierung an ein AKW als „Kaltreserve“ für eventuelle Engpässe durch den Umstieg ab. AKWs sind für schnelles Hochfahren ungeeignet. Sie befürwortet hier moderne Gaskraftwerke. An drei Kriterien für den Ausstieg hält die SPD fest:

1. die Versorgungssicherheit,
2. die Verantwortbarkeit (Umwelt)
3. drittens die soziale Verträglichkeit (Arbeitsplätze, Preise)

Die Weiterentwicklung der Nutzung von Wind, Wasser, Biomasse und solare Energieformen kann nun die Nachfolge der Atomkraft erleichtern. Entgegen den Absichten der Regierungskoalition (Großkraftwerke) setzt die SPD auf dezentrale Lösungen der Energieversorgung durch Förderung von kleineren Projekten wie Flusskraftwerken, Kraft-Wärme-Koppelung und kommunaler Energieversorgung. Dies führt auch zu weniger Leitungsverlusten. Der Netzausbau muss beschleunigt werden.

Zur Wirklichkeit in der Frage der Beseitigung der Folgen der Nutzung von Kernenergie zeichnete Vogt ein Horrorszenario mit verstrahlten Gegenden (nicht nur Tschernobyl und Testgelände) unter Wasser dahinrostenden U-Booten und ungeschützten Abklingbecken neben AKWs. Sie plädierte für „rückholbare Endlagerung“ wie in Schweden. Die Suche nach sicheren Endlagern muss intensiviert werden.

Die anschließende lebhafteste Diskussion befasste sich mit Fragen nach Entsorgung und Rückbau der AKWs und den Kosten. Diese werden bei Gorleben von den Betreibern getragen. Asse wird vom Bund unterhalten und finanziert, da hier z. B. Müll aus bundeseigenen Forschungsanlagen gelagert wird. Fragen kamen auch zu Energieeinsparung und

finanzieller Förderung energieeffizienten Bauens und Kleinkraftwerken. Mache Zuschauer bemängelten ein fehlendes Energiekonzept der SPD. Einigen Teilnehmern kam die Frage des Klimaschutzes zu kurz, wobei Vogt bemerkte, dieser sei im Bundestag so sehr alltäglich geworden, dass er kaum mehr wahrgenommen werde. Andreas Kemmer, Ortsvereinsvorsitzender von Bermatingen, dankte Ute Vogt und verwies auf das Problem der angedachten Windkraftanlagen im Bereich des Umlandes im oberen Linzgau.

Karl-Heinz König

## **Termine im Bodenseekreis**

### **KV-Sitzung:**

**Montag, 12.09.2011**

**19:30 Uhr**

**Markdorf**

**Ort wird noch bekanntgegeben**  
parteiöffentlich

**Mitgliederoffene Kreisvorstandskonferenz in  
Südwestfalen**

**06.08.2011**

**Achtung: Hier Beginn 14 Uhr !!**

Romantikhof Waldhorn  
Marienplatz 15  
88212 Ravensburg

Wir bitten um vorherige Anmeldung. [Das geht online hier auf der Seite des Landesverbandes.](#)

### **OV Bermatingen:**

#### **Ortsvereinsitzung**

Dienstag, 30.08.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.  
Ort: Weinstube Stecher

### **OV Deggenhausertal:**

**Nächste Mitgliederversammlung ist unser  
internes Sommerfest am**

Donnerstag 28.07.11 um 19.30 Uhr

### **OV Markdorf:**

#### **Sommerfest des Ortsvereins**

Samstag, 30.07.2011, 13:00 Uhr  
Ort: Turnerheim

### **OV Meersburg:**

#### **Vorstandssitzung**

Donnerstag, 28.07.2011, 20:00 Uhr  
Gutsschänke

### **OV Friedrichshafen:**

#### **Vorstandssitzung**

Montag, 05.09.2011, 19:30 Uhr.  
Ort: Spicy- Grill Taverne

#### **SPD- Sommerfest Helferfest**

Samstag, 17.09.2011, 16:00 Uhr.  
Ort: Kanuclub am Seemoser Horn 18

### **OV Tettang:**

#### **„SPD im Gespräch“ Windräder über Tettang!**

Wir laden alle Mitglieder, Freunde und Interessierte zu unserem Diskussionsabend am

Dienstag, 9.8.2011  
um 20.00Uhr  
im **Hotel Ritter in Tettang**  
recht herzlich ein.

Herr Enno Steffens, Geschäftsführer des Regionalwerkes Bodensee, wird als Experte in die Thematik einführen und die Diskussion begleiten.

### **OV Überlingen:**

**Donnerstag 15.9.2011**

parteiöffentliche Vorstand- und Fraktionssitzung  
Zeit: 19:00

#### **Mitgliederversammlung**

Zeit: 20:00  
Thema: wird noch bekannt gegeben  
Ort: Nebenzimmer des Gasthauses  
Krone, Münsterstraße

### **SBI:**

**09.09.2011**

#### **Verleihung des Prix Wasserfrau 2011**

um 18 Uhr in Bregenz-City, Hotel Messmer

an die **Mädchen des Vereins Amazone**, Bregenz

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## Was ist eigentlich daraus geworden?

### Teil VIII

## Prix Wasserfrau und das Vorarlberger Frauenkirchenkabarett

Das VFKK bekam im September 2009 in Bregenz die Bronzefigur des Prix Wasserfrau vom Präsidium der Bodensee-Internationale verliehen. In der Laudatio ist dem pfiffigen Damen-Ensemble bescheinigt worden, seit 18 Jahren neben der ehrenamtlichen Arbeit in kirchlichen Diensten mit Witz und Verstand dem Männerbund des katholischen Klerus bis hinauf zum Papst den Kopf zu waschen. Die sieben Frauen sind zwischen 50 und 70 Jahre alt, zumeist schon Oma, kommen aus dem Vorarlberger Ländle, zwei ausnahmsweise aus Liechtenstein bzw. aus der Ostschweiz. Sie zeichnet viel Lebenserfahrung und Mut zur engagierten Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen der Amtskirche aus.



**Foto: Hubert Lötsch**

Elisabeth Stöckler, die frühere Leiterin des Frauenmuseums in Hittisau im Bregenzer Wald und selbst Preisträgerin, fasste ihr Resümee zum Auftreten der Kabarettistinnen in ihrer Laudatio so zusammen:

„Auftritt statt Austritt! Lachen entmachtet, dann haben die Allmächtigen keine Macht mehr!“

In ihrem abwechslungsreichen Programm bei ihren allseits bestens besuchten Darbietungen nehmen sie geschickt einzelne Zitate von Bischöfen, Kardinälen oder vom Papst aufs Korn: „Die Kirche war nie leibfeindlich..... Die Frau in der Kirche war immer gleichberechtigt.....Die Frau im Altarraum ist keine große Gefahr.....Es kommt halt auf die Frau an (?)“ In den 18 Jahren haben Eva Fitz, Elisabeth Hämmerle, Hannerose Koch-Holzer, Helga Kohler-Spiegel, Gisela Meier, Maria Schimpfössl, Annemarie Spirk, Gerda Staffa, Helene Striebel, Magdalena Widmer, Christel Zillner, Hannelore Wehinger und Anna Hämmerle (beide am Klavier), Brigitte Walk (Regie) sowie Peter Lampeitl (Lieder einstudieren) acht erfolgreiche Programme präsentiert. Sie haben dabei viel Zustimmung und Anerkennung aus dem Kreis von Gemeindepfarrern erfahren. Die Vorstellungen sind immer ausverkauft.

Inspiziert wurden die Künstlerinnen auf der Bühne von der Erkenntnis, dass die obere Amtskirche in der Ära der 3 Päpste Paul VI, Johannes Paul II und Benedikt XVI. etliche fortschrittliche Bemühungen des II. Vatikanischen Konzils (1962-1965) und seines Initiators Papst Johannes XXIII. wieder rückgängig machen will. Deutlicher Beleg dafür ist der Umgang mit der südamerikanischen Befreiungstheologie (sehr restriktiv!) und mit der reaktionären Kleriker-Organisation Opus Dei (sehr wohlwollend). In der katholischen Erzdiözese Wien gibt es seit einigen Jahren ebenfalls einen munteren Kreis jüngerer Frauen, die schon mit einem Kabarettprogramm aufgetreten sind

[www.frauenbewegung-wien.at](http://www.frauenbewegung-wien.at)

Sie beobachten genau, hören hin und schreiben auf: Lieder, Sketche, Parabeln, Gereimtes und Nicht-Gereimtes.

Zur Geschichte des Frauenkabarets gehört auch das mutige Kirchenvolksbegehren 1995, als mehr als 500 000 Unterschriften „für eine grundlegende Erneuerung der Kirche Jesu“ gesammelt werden konnten.



ten und der umstrittene Kardinal Hans Hermann Groer zum Rücktritt gezwungen wurde, weil ein ehemaliger Schüler dem Kardinal schwere Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs von Jugendlichen erhoben hatte.

Das Vorarlberger Kirchenfrauenkabarett hat ein neues, das **8. Programm** einstudiert, aus dem sie Teile bei der diesjährigen Preisverleihung am 9. September in Bregenz (Hotel Messmer) zum Besten geben wollen. Unter dem Titel „Uns reichts-ganz einfach!“ spießen die frechen Damen wieder eine Reihe neuer Vorgänge und Sprüche aus der kirchlichen Oberwelt auf. Kostenproben kann die verehrte Leserschaft im Internet unter der Webseite [www.kirchenfrauen-kabarett.at](http://www.kirchenfrauen-kabarett.at)

sich zu Gemüte führen. Besonders pfiffig ist die Parodie auf die Kirchenmänner im aktuellen Programm, mit den Äbtissinnenstangen, eine Idee, zu der Vorgänge bei der Wahl des Bischofs Klaus Küng in den Diözesen Feldkirch und St.Pölten das Ensemble animiert haben. Weitere Themen sind die Piusbrüderschaft und die Aufhebung der Exkommunikation für den Bischof und beharrlichen Holocaust-Leugner Richard Williamson. Der Stoff geht den Frauen nie aus, und immer wieder kommen neue Merkwürdigkeiten aus der Oberhirtenschar der Kirche zum Vorschein, die flott in Lieder und choreographische Szenen eingearbeitet werden.

Die Landkarte der Auftritte reicht mittlerweile von der Ostschweiz über Liechtenstein bis weit nach Niederösterreich. Eva Fitz, die Dornbirner Sprecherin des Kabarett-Ensembles, spekuliert übrigens auf eine Überwindung des Zölibats und auf die Einführung der Priesterinnen-Weihe in absehbare Zeit, um eine drohende Kirchenspaltung zu vermeiden. „Was die Kirchenfrauen auf die Kabarettbühne bringen, ist wahr, hart und herzlich, wenn auch schmerzlich“, schrieb die Redakteurin der Vorarlberger Nachrichten (VN) am 12. April 2010 in einem Beitrag. Am 22. September 2011 laden die Kirchenfrauen ein zu ihrem Gastspiel im Pfarrheim in Dornbirn-Oberdorf, am 9. Oktober in Bezau/Bregenz Wald und am 21. September in Wurbach in der Schweiz. Wohl bekomms!

W.Bernhard

## Merkwürdige Schikanen für Behinderte bei der Bodensee-Schiffahrt 2011

Zwei Themen beschäftigen die Bodensee-Internationale schon seit längerer Zeit. Da ist das Anliegen der Bodensee-S-Bahn, das ist das Projekt eines halbstündigen Fahrplan-Taktverkehrs auf den Bahnstrecken rings um den Bodensee. Es gibt einen solchen Taktverkehr bis jetzt nur am Schweizer Seeufer zwischen Rorschach und Kreuzlingen. Die Schiffahrt provoziert aktuelle Bemühungen der Bodensee-Internationale(SBI). Sie nimmt jetzt

Kontakt auf mit **Peter Friedrich**, dem neuen Minister in der Baden-Württembergischen Landesregierung für Bodensee, Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Adresse im Staatsministerium in Stuttgart

[www.stm.baden-wuerttemberg.de](http://www.stm.baden-wuerttemberg.de)

Hermann Dorfmueller, der Lindauer SPD-Kreisrat, führte eine aktuelle Unterredung mit dem Geschäftsleiter der Vorarlberg Lines Bodensee-Schiffahrt, Alexandro Rupp, und mit der Landesobfrau des Österreichischen Zivilen Invalidenverbandes bei der Vorarlberger Bodenseeschiffahrt, Karin Stöckler.

Beide Vorarlberger legen besonderen Wert darauf, dass die Österreichische Bundesbahn ÖBB Fahrpreismäßigungen und Freikarten für die Begleitpersonen gewährt. In der neuen **UN-Behindertenrechtskonvention** haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, Mobilität auch für Menschen mit Behinderungen zu erschwinglichen Kosten anzubieten. Schon seit Jahren versucht man eine einheitliche Lösung auf dem Bodensee zu erreichen. Die SBI hat sich mit Abgeordneten-Initiativen in den Landtagen in Stuttgart und München und in den Kantonsparlamenten in den Ostschweizer Kantonen für eine Verbesserung des heiklen Problems eingesetzt.

Wie sieht es aus? Immerhin gewähren mittlerweile alle Fahrgastschiffe einen barrierefreien Zutritt für Personen mit Rollstühlen. Das behaupten die Bodensee-Schiffsbetriebe [www.bsb-online.com](http://www.bsb-online.com)

**Und:** Man weiß um die Probleme und Schwierigkeiten behinderter Menschen bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Sagen Sie uns bitte jederzeit, wenn Sie Hilfe brauchen! Wir sind gerne für Sie da! Viel Spaß an Bord unserer Schiffe!

So weit, so gut. WC's für behinderte Reisende gibt es noch nicht auf allen Schiffen. Die Autofähren haben einen Aufzug, um ans Oberdeck zu gelangen. Beim Katamaran zwischen Konstanz und Friedrichshafen sind sogar zwei Plätze extra für Rollstühle reserviert. Klasse. Und medizinisches Hilfsgepäck und der mitgeführte Krankenfahrstuhl werden bis zu einem **Gesamtgewicht von 200 Kilogramm (!)** kostenlos mitbefördert. Bedingung: Auf den Schiffen muss genügend Platz vorhanden sein. Wenn man mit einem Elektrorollstuhl einen Schiffsausflug machen will, muss man dies beim Kauf des Schiffsticket einer Verkaufsstelle am Hafen anmelden! **Diese Schiffe sind ungeeignet für Rollstühle: MS Uhlidingen, MS Rhynegg, MS Rhyspitz, MS Alte Rhy!**

Behindertengerechte Toiletten gibt es auf den Motorschiffen MS Austria, MS Stadt Bregenz, MS St.Gallen, MS Munot, MS Graf Zeppelin, MS Stuttgart, MS Karlsruhe, MS München, MS Überlingen, MS Vorarlberg, MS Alpenstadt Bludenz,

MS Thurgau, MS Schwaben, MS Roter See, MS Königin Katharina, MS Lindau, MS Euregia.

Am Günstigsten fährt man noch auf dem **Überlinger See** inclusive An- oder Abreise vom Konstanzer Hafen. Hier werden Schwerbehinderte mit amtlichem Ausweis und der Wertmarke mit dem Merkzeichen B oder BN **kostenlos** befördert. **Auch die Begleitperson** muss auf der Wasserstrecke zwischen Konstanz-Meersburg-Mainau-Unteruhldingen-Dingelsdorf-Überlingen (Überlinger See) kein Fahrticket bezahlen. So ist es auch bei den Zügen der Deutschen Bahn AG. Teurer wird es auf dem **Untersee bis Stein am Rhein**. **Nur eine von beiden Personen, also der Rollstuhlfahrer oder die Begleitperson, fährt kostenlos mit, die andere Person braucht ein gültiges Fahrticket als in der Schweiz wohnhafte Reisende auf den Motorschiffen der URH oder der SBB.** Am Obersee gilt internationales Recht, das bisher keine Vergünstigung vorsieht. Hier muss ebenfalls eine von beiden Reisenden, die behinderte Person oder die Begleitperson, ein Fahrticket bezahlen. Die Beförderung zwischen Stein am Rhein und etwa Bregenz ist auch noch abhängig von einem aktuellen minimalen oder maximalen Pegelstand des Wassers auf dem See!

[www.bodensee-hochwasser.info](http://www.bodensee-hochwasser.info)

Dem steht freilich die Bestimmung im **deutschen Sozialgesetzbuch** (9. Buch, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) entgegen. So sind in § 145 SGB IX die kostenfreie Beförderung und auch der Anspruch auf Erstattung der Fahrgeldausfälle bei den Beförderungsbetrieben zu Land, zu Wasser und in der Luft geregelt. Ähnliche Regelungen muss es auch im österreichischen Sozialgesetzbuch geben. Hier muss sich die Politik endlich bewegen, die dies seit Jahren tunlichst vermeidet. Der Geschäftsleiter Mag. Alexandro Rupp hat für die Vorarlberg Lines Bodensee Schifffahrt angeboten, dieses Anliegen bei der nächsten Sitzung der Vereinigten Schifffahrtsunternehmen auf dem Bodensee zur Sprache zu bringen. Hermann Dorfmueller wies bei der SBI in der jüngsten Vorstandssitzung auf die erhebliche Medienresonanz hin (bis nach Konstanz), als Rollstuhlfahrer eine gemeinsame Protestaktion gegen die Praxis der Bodenseeschifffahrtsbetriebe bei behinderten Reisenden auf dem Obersee organisierten. Solche Aktionen müssen öfters stattfinden!

W. Bernhard

## **SBI-Präsident Norbert Zeller ins Kultusministerium berufen**

*Der erfahrene Bildungspolitiker und langjährige Landtagsabgeordnete übernimmt eine Stabsstelle in Stuttgart, die sich mit der Verwirklichung des*

**Konzeptes der Gemeinschaftsschulen befassen wird.**

Damit ist die Bodenseeregion von sozialdemokratischer Seite her hochkarätig in der neuen grünen Landesregierung Baden-Württembergs vertreten. Peter Friedrich (Konstanz) als Minister, Hans-Peter Storz (Singen) als Landtagsabgeordneter und Norbert Zeller (Friedrichshafen) als führender Mitarbeiter im Kultusministerium - ein letztes Ende glückliches Resultat für die Sozialdemokratie am Bodensee trotz des für die Landes-SPD ungünstigen Wahlergebnisses. Näheres zur Berufung von Norbert Zeller kann der Berichterstattung der "Schwäbischen Zeitung" entnommen werden:

[http://www.schwaebische.de/region/bodensee/friedrichshafen/stadtnachrichten-friedrichshafen/artikel.-Kultusministerin-holt-Norbert-Zeller-nach-Stuttgart-arid,5088164.html?et\\_cid=2&et\\_lid=2](http://www.schwaebische.de/region/bodensee/friedrichshafen/stadtnachrichten-friedrichshafen/artikel.-Kultusministerin-holt-Norbert-Zeller-nach-Stuttgart-arid,5088164.html?et_cid=2&et_lid=2)  
2011-06-14 SBI



Sozialdemokratische Partei  
Kanton St. Gallen

### **Vorankündigung der SP Kanton St.Gallen:**

## **Bundesrätin Simonetta Sommaruga besucht die Ostschweiz**

**Am 26. August 2011 ist die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga zu Gast in Buchs. Sie möchte an dieser öffentlichen Veranstaltung mit der St.Galler Bevölkerung in Dialog treten. Die SP des Kantons St.Gallen freut sich, die Vorsteherin des EJPD hier begrüßen zu dürfen.**

### **Programm, 26. August, Mehrzweckhalle bzb, Buchs**

19.00 Uhr | Türöffnung

19.30 Uhr | Beginn Podiumsdiskussion mit NR-Kandidierenden der SP Kanton St.Gallen

Begrüssung | Parteipräsidentin Claudia Friedl

Grusswort | Gemeindepräsident Daniel Gut

Musikalische Umrahmung mit dem Musikverein Buchs-Räfis

Anschliessend Apéro

Die Veranstaltung ist öffentlich.  
Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen  
mitzudiskutieren.

Wir freuen uns, wenn Sie sich den Termin reservieren. Weitere Details erhalten Sie zwei Wochen vor dem Anlass.

#### Weitere Auskünfte

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## Wir brauchen eine verlässliche Energiepolitik

*Der Kanton St.Gallen tut sich schwer mit der Energiepolitik. Sie leidet unter Perspektivlosigkeit. Dies obwohl unsere Zukunft klar bei den erneuerbaren Energien liegt.*



Claudia Friedl

Es gibt heute genügend fundierte Studien, nicht zuletzt von SP-Fachleuten wie Ruedi Rechsteiner, die klar darlegen, dass durch weniger Verbrauch, Effizienzsteigerung und Produktion von erneuerbaren Energien ein Ausstieg aus der Atomenergie möglich ist. Aber der Kanton St.Gallen hinkt hinterher. Erst nachdem der Bund das Aktionsprogramm «Energie Schweiz 2000» lanciert hatte, schaffte man die Grundlage für ein kantonseigenes Energieförderprogramm. Schon 2004 strich aber die bürgerliche Mehrheit aus CVP, FDP und SVP im Kantonsrat den Förderartikel im Zuge des Sparpakets wieder aus dem Gesetz. Damit entfielen auch die Bundesfördergelder. St.Gallen überliess einmal mehr das Feld den fortschrittlichen Kantonen.

#### Linke als weltfremd abgestempelt

Der Mensch reagiert auf Schockereignisse. Ein solches war der 4. UN-Klimabericht 2007: Erstmals stand klipp und klar fest, dass es einen vom Menschen verursachten Klimawandel gibt. Handlungsbedarf in der Energiepolitik war angesagt. Der Fokus lag dabei auf den fossilen Energien Öl und Gas. Das war die Stunde der Atomenergie: Unisono legten sich die Bürgerlichen ins Zeug und propagierten die angeblich unverzichtbare Erneuerung der Atomkraftwerke. Plötzlich gehörte Atomstrom zur saube-

ren, CO<sub>2</sub>-neutralen Energie. Was freilich nicht stimmt:

Je nach Studie fallen 40 bis 160 g CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde an. Die SP blieb konsequent auf der Linie von Einsparung, Effizienzsteigerung und Förderung von erneuerbaren Energien.

In der damaligen Klima-Sondersession im Kantonsrat forderte die SP einen energieautarken Kanton St.Gallen. Die Bürgerlichen stempelten die Linken als weltfremde Nostalgiker ab und schickten den Antrag bachab. Immerhin, die Förderung Erneuerbarer Energien wurde wieder ins Gesetz aufgenommen. Aber bereits im Februar dieses Jahres schaffte die bürgerliche Mehrheit die Fördergelder für angewandte Energieforschung und -entwicklung sowie die Bauherrenbegleitung aus Spargründen wieder ab. Man erstickt damit die Investitionsbereitschaft von HausbesitzerInnen und den Innovationsschub an den Hochschulen und in den Labors von Unternehmen und technischen Betrieben. Ein wichtiger Schritt für die erneuerbaren Energien war die Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) auf Bundesebene ab 2009. Die Grossen im Strommarkt machen dabei willig mit. Sie wollen ihre Wasserkraftwerke massiv ausbauen. Ihre Interessenvertreter im Bundesparlament haben dafür gesorgt, dass die Solarenergie, die für viele kleinere Produzenten attraktiv ist, einen mickrigen Anteil von nur gerade 5% aus dem Topf zugesprochen erhielt (seit Anfang Jahr 10%). Und weiter wird auf die Erneuerung der AKW gesetzt. Das Stromlobbying hat auf allen Ebenen gut funktioniert. Noch im letzten November stellte das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) fest, dass die drei Standorte Beznau, Gösgen und Mühleberg für den Bau eines neuen Atomkraftwerks geeignet seien. Die Haltung der zuständigen Bundesrätin Doris Leuthard zur Atomkraft ist typisch CVP: bis heute unklar.

#### Nur SVP und Economiesuisse für AKW

Die Katastrophe von Fukushima hat nun alles wieder aufgemischt. Keiner ist mehr für Atomstrom, ausser die Economiesuisse und die SVP. Aber die breite Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will nicht mehr. Immer mehr Städte steigen aus, Basel-Stadt beispielsweise hat bereits seit 2009 eine atomstromfreie Energieversorgung. Die SP ist mit der vor einem Jahr lancierten Cleantech-Initiative schon lange auf Kurs. Vor zwei Monaten hat sie eine Roadmap zum Atomausstieg herausgegeben. Auf Kantonsebene haben wir in der Aprilsession verschiedene Vorstösse eingereicht. Am letzten Parteitag wurde eine Resolution mit folgenden Forderungen verabschiedet.

► Ein vollständiger Atomausstieg des Kantons bis 2025: Als Miteigentümer der Axpo kann der Kanton darauf bestehen, dass kein Atomstrom mehr zu-

gekauft wird. Die Preise für Atomstrom müssen endlich der Vollkostenrechnung folgen.

► Anreize für sparsame und effiziente Energienutzung: Die Kürzungen beim Gebäudeprogramm des Bundes müssen durch den Kanton kompensiert werden. Auf die Sparmassnahmen bei der angewandten Energieforschung und -entwicklung sowie der Bauherrenbegleitung ist zu verzichten.

► Griffige Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energie: 10 m<sup>2</sup> Solarpanel pro EinwohnerIn in zehn Jahren: Auf Dächern und Lärmschutzwänden ist enorm viel Platz. Es muss kein zusätzlicher Quadratmeter Land geopfert werden. Im Kanton Genf wurde mit 50 000 m<sup>2</sup> soeben die grösste Solaranlage auf dem Dach der Palexpo fertiggestellt.

Energiepolitik heisst auch Arbeitsplatzpolitik. Mit den Investitionen in die erneuerbaren Energien und der Effizienzsteigerung werden schweizweit Zigtausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Energiepolitik muss endlich verlässlich werden und eine Perspektive haben. Auch in unserem Kanton.

Aus:

links 3.11



### VfGH-Urteil:

SPÖ weiterhin gegen Studiengebühren

## **Nein zu finanziellen Hürden**

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat die Regelungen zu den Studienbeiträgen, mit denen die Bundes-SPÖ die Studiengebühren 2008 de facto abgeschafft hat, als zu wenig präzise aufgehoben. Sollte bis Februar kommenden Jahres die Regelung nicht repariert werden, wären die Studiengebühren hinfällig.

Die Bundes-SPÖ bleibt bei ihrer klaren Position, die nicht zur Diskussion steht: Studiengebühren darf es nur im Ausnahmefall geben, die SPÖ wird sie nicht wieder einführen. Es darf keine finanziellen Hürden auf dem Weg zum Studium geben. Alle jene, die ernsthaft studieren wollen, können sich auf das Wort der SPÖ verlassen. „Die SPÖ Vorarlberg unterstützt selbstverständlich dieses Ansinnen“, so Jugendsprecherin Mirjam Jäger-Fischer.

Bis Februar kommenden Jahres wird es darum gehen, Verbesserungsmöglichkeiten der vom VfGH bekrittelten Regelungen zu finden. Konkret geht es darum, wie nun die Studienzeit, die für die Befreiung von Studienbeiträgen maßgeblich ist, zu bestimmen ist. Die meisten Studien wurden nämlich bereits auf das neue Bologna-System umgestellt, das nach einem Punktesystem funktioniert und nicht über Studienabschnitte.

### **Für die SPÖ steht fest:**

Es gibt einen gültigen Bundesparteitagsbeschluss. Erst im Jahr 2008 wurden, gegen die Stimmen der ÖVP, die Studiengebühren abgeschafft und damit eine soziale Hürde im Bildungsbereich beseitigt.

Bis zum Jahr 2013 bekommen die Universitäten per Gesetzesbeschluss das durch den Entfall der Studiengebühren entgangene Geld refundiert.

Fest steht auch: Die Situation auf den österreichischen Universitäten muss verbessert werden. Es braucht gute, klar strukturierte Orientierungsphasen und keine Knock-Out-Prüfungen. Und es braucht ein Stipendiensystem, das für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt. Studiengebühren helfen nicht bei der sozialen Durchmischung, ganz im Gegenteil.

SPÖ-Express 08.07.2011

### **Der Zukunftsdialog Vorarlberg:**

## **Papier der SPÖ zur Forderung nach einer Verwaltungsreform in Vorarlberg**

### **Der Zukunftsdialog Vorarlberg:**

Die öffentliche Verwaltung in Vorarlberg zukunfts-fest machen.

### **Einführung**

Vor wenigen Tagen wurde der „Dialogprozess Jugendwohlfahrt“ gestartet. Ziel dieses Prozesses ist es, unter Miteinbindung der wesentlichen Systempartner der Jugendwohlfahrt eine neue strategische und programmatische Ausrichtung der Jugendwohlfahrt zu erarbeiten. Unseres Erachtens ein notwendiger, wenn auch längst überfälliger Schritt.

Seit inzwischen kaum mehr zählbaren Jahren ist das Schlagwort der Verwaltungsreform in aller Munde. Geschehen ist bislang leider – aufgrund welcher Umstände und Haltungen auch immer – wenig. Man muss sich aber auch im Klaren sein, dass eine Verwaltungsreform nicht am Arlberg halt machen kann. Auch das Land Vorarlberg als eigenständige Verwaltungseinheit ist aufgerufen, über mögliche Potenziale nach zu denken. Sowohl auf kommunaler, als auch auf regionaler Ebene. Schlussendlich auch auf Landesebene.

### **Vorschläge der SPÖ:**

#### **1.) Regionaler Strukturplan Verwaltung**

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat dazu einen ersten Vorschlag im Dezember 2010 gemacht, wonach ein „Regionaler Strukturplan Verwaltung“ erarbeitet wird. Ein Kernpunkt dabei war

der Vorschlag, zwei Verwaltungsregionen anstatt vier Verwaltungsbezirke einzurichten – bei entsprechender Attraktivierung des Serviceangebotes.

Immerhin hat die Sozialdemokratische Landtagsfraktion mit dieser Anregung erreicht, dass das Einsparpotenzial bei den Bezirkshauptmannschaften durchleuchtet wird. Dies ist zur Zeit im Gange. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass im Rahmen unserer Kampagne und Bürgerbefragung „Bürger sparen clever“ fast zwei Drittel der Befragten es für sinnvoll erachten, aus vier Verwaltungsbezirken zwei Verwaltungsregionen zu machen.

Strukturreform – Ergebnisse  
(Auszug aus der Befragung „Bürger sparen clever“)

Ziele, die diese Strukturreform verfolgen müsste:

1. Kostensenkung ( 47 %)
2. Bürgerorientierung (30%)
3. Modernisierung (18 %)
4. andere (5 %)

Zwei Verwaltungsregionen statt vier Verwaltungsbezirke

Unser Vorschlag, aus vier Verwaltungsbezirken zwei Verwaltungsregionen zu machen, findet zahlreiche Befürworter: 63 Prozent der Befragten halten dies für sinnvoll. Nur 21 Prozent können dieser Idee nichts abgewinnen.

Beispiel Steiermark

Die Steiermark geht mit positivem Beispiel betreffend Verwaltungsreform voran und setzt als erstes Bundesland folgende Maßnahmen:

- Verkleinerung des Landtages
- Verkleinerung der Landesregierung
- Neue Organisation für das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
- Neuorganisation der Bezirkshauptmannschaften und Baubezirksleitungen
- Zusammenlegung der BH Knittelfeld mit der BH Judenburg wobei jedoch eine Service- und Informationsstelle (Außenstelle) am Sitz der bisherigen Bezirkshauptmannschaften erhalten bleibt.
- Gemeindestrukturreform mit dem Ziel wirtschaftlichere, leistungsfähigere und professionellere Gemeindestrukturen zu schaffen
- Gemeindezusammenlegungen prüfen: eine deutliche Reduktion der 542 Gemeinden soll erreicht werden

Diese in der Steiermark gesetzten Schritte sollte man sich genauer ansehen und für eine eventuelle Nachahmung in Vorarlberg als Grundlage heranziehen.

2.) Antrag „Finanzielle Auswirkungen möglicher Gemeindefusionen“ (März 2007)

Bereits im März 2007 hat die SPÖ in einem Antrag an die Landesregierung gefordert, dass die finanziellen Auswirkungen einer Gemeindefusion geprüft werden sollen. Dabei sollten vor allem die zu erzielenden Einsparungen wie auch die zu diskutierenden Mehreinnahmen dargestellt werden.

Dieser SPÖ-Antrag erhielt seinerzeit zwar von den anderen Parteien keine Zustimmung, war jedoch Auslöser dafür, dass eine entsprechende Regierungsvorlage betreffend Infrastrukturerhebung und Gemeindekooperationen verfasst wurde.

Daraus resultierend wurde in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband und den Vorarlberger Gemeinden eine umfassende Erhebung betreffend Infrastrukturen und Gemeindekooperationen gemacht, welche betriebswirtschaftliche Kennzahlen und Potenziale aufzeigen sollten.

## Resümee

### Öffentliche Verwaltung

Unseres Erachtens ist an der Zeit, die gesamte öffentliche Verwaltung in Vorarlberg zukunftsfest zu machen. Das heißt, die öffentliche Verwaltung des Landes, der Bezirke und der Gemeinden. Dazu bedarf es eines groß angelegten Prozesses, der sich in den Grundstrukturen durchaus aus dem „Dialogprozess Jugendwohlfahrt“ Anleihen nehmen kann. Auf alle Fälle müssen alle Systempartner, Experten sowie die Politik in diesem „Zukunftsdialog Vorarlberg“ mit eingebunden werden. Ziel dieses unter der Leitung des „Büros für Zukunftsfragen“ geführten Dialoges muss es sein, Einsparpotenziale auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Vorarlberg zu diskutieren und Vorschläge zu erarbeiten, wie eine zukunftssteife und serviceorientierte Verwaltung aussehen kann.

Begleitet werden sollte dieser „Zukunftsdialog Vorarlberg“ vom Landes-Rechnungshof, der die erarbeiteten Vorschläge und Konzepte auf deren Sinnhaftigkeit und Einsparungseffekte prüfen soll.

### Gemeindezusammenlegungen / Gemeindekooperationen

Die SPÖ Vorarlberg stellt sich die Frage, ob es tatsächlich nötig ist, dass es in jeder der 96 Vorarlberger Gemeinden eigene politische Strukturen braucht. Hier könnte man betreffend Gemeindezusammenlegungen den Anfang machen und die politischen Strukturen gemeindeübergreifend organisieren.

Gemeindezusammenlegungen sollten generell nur auf Wunsch der Gemeinden selbst stattfinden. Eine Verordnung „von oben“ wäre fehl am Platze. Sollten sich Gemeinden jedoch für eine Zusammenlegung entscheiden, sollte dies entsprechend gefördert werden. Die Gemeinden sollten aufgefordert



werden entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Sofern Gemeindezusammenlegungen nicht gewünscht bzw. möglich sind, muss zumindest der Ausbau der Gemeindekooperationen massiv vorangetrieben werden.

Der Antrag dazu als PDF im [Downloadbereich](#).  
SPÖ-Express 08.07.2011

## **SPÖ fordert weiterhin einheitliches Jugendschutzgesetz**

**Jäger-Fischer:**

### **„Dieser Wirrwarr ist unzumutbar“**

Dass die Länder sich bislang noch immer nicht auf eine bundesweit einheitliche Regelung betreffend Ausgehzeiten einigen konnten, ist für SPÖ-Jugendsprecherin Mirjam Jäger-Fischer absolut nicht nachvollziehbar. Würden die Vertreter der einzelnen Bundesländer etwas mehr Kompromissbereitschaft zeigen, könnten die jahrzehntelangen Verhandlungen zugunsten der Jugendlichen endlich abgeschlossen werden, findet **Jäger-Fischer**.

„Warum sollen Gleichaltrige in Kärnten unter anderen Voraussetzungen ausgehen wie in Tirol oder Burgenland“, so die Jugendsprecherin. Die SPÖ habe bereits über Jahre hinweg für diese Forderung gekämpft und werde auch weiterhin auf eine Vereinheitlichung beim Jugendschutzgesetz bestehen.

SPÖ-Express 08.07.2011

## **Änderung der Bundeshymne ein Zeichen der Wertschätzung der Arbeit von Frauen**

**Stellungnahme von  
Landesfrauenvorsitzender Olga Pircher**

Für SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher ist die Änderung der Bundeshymne ein Zeichen der Wertschätzung der Arbeit von Frauen. Sie denkt auch an die Frauen, die viel für den Aufbau Österreichs geleistet haben. „Wenn von einigen Seiten immer wieder gesagt wird, es gibt andere wichtige Themen, so ist das ja nicht falsch. Aber: das eine schließt das andere nicht aus“, so die SPÖ-Frauenchefin.

Pircher hofft, dass sich dieser „Respekt“ auch auf die Lebensbereiche der Frauen ausweitete. Vor allem Vorarlberg habe hier Nachholbedarf, richtet Pircher einen Appell an die zuständige Landesrätin Schmid.

Denn nach wie vor hat Vorarlberg die höchsten Einkommensunterschiede, den größten Anteil an geringfügig Beschäftigten, den größten Anteil an Teilzeitbeschäftigten und die gravierendsten Einkommensunterschiede in der Pension. Zudem ist die Erweiterung der Kinderbetreuungszeiten und -angebote auch während der Ferien ein Gebot der Stunde.

Pircher hofft, dass auch die ÖVP-Frauen in Vorarlberg, allen voran Greti Schmid, in diesen Bereichen Mut und Vernunft zeigen, um die Lebenssituation der Frauen nachhaltig zu verbessern.

SPÖ-Express 15.07.2011

## **Kindergärten sollen nur mehr zwei Wochen geschlossen sein**

***Geht es nach Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, sollen Kindergärten im Sommer maximal zwei Wochen im Jahr zusperren dürfen.***

Laut Statistik Austria haben in Vorarlberg die Betreuungseinrichtungen mehr als 50 Tage im Jahr zu, 34 davon in den Sommerferien. Fast 30 Schließtage gibt es in Tirol, in den anderen Bundesländern sind die Kindergärten ungefähr 20 Tage geschlossen. Eine Ausnahme bildet nur Wien, mit 4,4 Tagen pro Jahr liegt es als einziges Bundesland unter dem österreichweiten Durchschnitt.

Frauenministerin Heinisch-Hosek bekräftigt daher ihre Forderung, dass Eltern sich künftig für nicht länger als zwei Wochen nach einer alternativen Betreuung für ihre Kinder umsehen sollen. Die aktuellen Schließzeiten lassen sich nur schwer mit den Urlaubsansprüchen der Eltern vereinbaren. Auch BSA-Präsident Andreas Mailath-Pokorny betont: "Für viele Familien stellt es eine organisatorische und finanzielle Belastung dar, dass Kindergärten gerade in der Urlaubs- und Ferienzeit oft geschlossen sind."

### **Mit gutem Willen machbar**

Heinisch-Hosek will einheitliche Standards: "Mir schwebt vor, dass alle Kinder, vom Bodensee bis zum Neusiedler See, die gleichen Bedingungen vorfinden. Ich glaube, dass das mehr eine logistische als eine personelle Frage ist. Es gibt dann Sammelkindergärten, die offen haben." Mit gutem Willen sei das machbar. Wichtig sei jetzt vor allem, die Verhandlungen mit den Ländern zu nützen, die gerade zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze geführt werden.

Aktuell verhandeln Familienminister Mitterlehner und Heinisch-Hosek mit den Ländern über die Finanzierung des Kindergartenausbaus von 15 Millionen Euro im Jahr. "Den höchsten Förderbetrag für einen Platz von 4.000 Euro soll es nur geben, wenn

die Schließtage entsprechend gering sind", so Heinsch-Hosek.

SPÖ-Express 15.07.2011

**SPD Kreis Konstanz**  
**Peter Friedrich**  
**Hans-Peter Storz**

## **Geld für Asbest- Sanierung der Uni- Bibliothek**

Zehn Millionen Euro will die grün- rote Landesregierung für die Sanierung der asbestverseuchten Bibliothek der Konstanzer Universität noch in diesem Jahr bereitstellen. Dies berichten die Landtagsabgeordneten Hans- Peter Storz (SPD) und Siegfried Lehmann (Grüne).

Die zusätzlichen Sanierungsmittel sollen über den 4. Nachtragshaushalt des Landes finanziert werden. Die Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen haben gemeinsam beantragt, die Mittel für den Hochbau zu erhöhen. Die erste Hürde muss der Antrag im Finanzausschuss des Landtags am kommenden Montag nehmen, doch die Zustimmung gilt als gesichert.

Die Konstanzer Uni- Bibliothek wurde im November 2010 zum großen Teil gesperrt, weil beim Bau gesundheitsschädlicher Asbest verwendet wurde. Zwischenzeitlich ist ein kleiner Teil der Räume und Arbeitsplätze wieder zugänglich. Doch wegen der ungeklärten Finanzierung konnten noch keine größeren Sanierungs- und Reinigungsarbeiten in Auftrag gegeben werden. Nach bisherigen Schätzungen werde die Sanierung etwa vier Jahre andauern. "Das Land wird seinen Beitrag dafür leisten, dass die Studierenden und Wissenschaftler in Konstanz so schnell wie möglich wieder gute Lern- und Forschungsbedingungen vorfinden", versprochen die beiden Abgeordneten. Die Landesmittel sind für die Sanierung des Buchbereichs S vorgesehen.

Die grün- rote Landesregierung hatte beschlossen, nicht alle Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau zu verwenden. "Nicht nur bei den Hochschulen des Landes gibt es einen milliarden schweren Sanierungsstau", sagte Storz. Der Schuldenabbau der alten Landesregierung sei ökonomisch falsch gewesen, da er mit verfallenden Gebäuden bezahlt worden sei. Die Auflösung des Sanierungsstaus durch die neue Landesregierung sei nun dringend geboten, so die beiden Abgeordneten. "Ich werde mich dafür einsetzen, dass im Zuge der Auflösung des Sanierungsstaus auch endlich die großen Sanierungsmaßnahmen an der Universität Konstanz finanziert werden", erklärte Lehmann.

25.07.2011

[www.hans-peter-storz.de](http://www.hans-peter-storz.de)

## **"Die Schwächsten fallen durchs Fördersieb"**

Wer keine Berufsausbildung hat oder schon lange arbeitslos ist, hat weniger Chancen. Doch die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt wird wichtiger, schließlich klagen Unternehmen, dass ihnen die Fachkräfte ausgehen. Hans- Peter Storz und Experten der Caritas fordern, bewährte Förderinstrumente auszubauen.

Die Beschäftigungsförderung in Deutschland steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Um die Auswirkungen für den Landkreis zu diskutieren, trafen sich MdL Hans- Peter Storz, Caritasvorstand Matthias Ehret und die Caritas- Fachbereichsleiterin „Hilfen zur Arbeit“ Gabriele Eckert am Montag zu einem Fachgespräch. Das Hotel und Gasthaus Seehörnle auf der Höri bot dazu den passenden Rahmen: Hier arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung Hand in Hand und bieten eine inspirierende Atmosphäre für Arbeitstagen.

Hans- Peter Storz sieht positive Signale aus Stuttgart. Die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag ein Beschäftigungsförderungs- programm beschlossen. Der Landtagsabgeordnete betont: „Das Landesprogramm müssen wir mit Inhalten füllen. Dazu ist das Wissen erfahrener Verbände gefragt. Mit Modellen wie den FAIRKAUF- Häusern in Singen und Konstanz zeigt die Caritas, wie die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen kann.“

### **Die Schwächsten fallen durchs Fördersieb**

Aus ihrer Arbeitspraxis weiß Gabriele Eckert: Menschen ohne Abschluss oder Erfahrung, mit geringer Ausdauer oder mangelndem Selbstvertrauen brauchen professionelle und persönliche Begleitung. Diese personalintensiven wie wirksamen Maßnahmen sieht Matthias Ehret aufgrund der geänderten Sozialgesetzgebung in Gefahr: „Die Agentur für Arbeit entrümpelt jetzt den Instrumentenkoffer der Beschäftigungsförderung. Ich fürchte, dass ab 2012 ausgerechnet die Schwächsten durchs Fördersieb fallen“.

Eine Region, die auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist, könne sich das nicht leisten. Beschäftigungsförderung sei eine sozialpolitische und zugleich ökonomische Notwendigkeit. Storz, Ehret und Eckert wollen darum ihren Dialog fortsetzen und zügig konkrete Vorschläge und Forderungen formulieren.

21.07.2011

Homepage Hans-Peter Storz, MdL

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

**Bundeswehrstandort Laupheim:**

**MdB Gerster verlangt  
Auskunft der  
Bundesregierung**

LAUPHEIM – Aufgrund der Medienberichte, dass die Schließung des Bundeswehrstandorts Laupheim bereits beschlossene Sache sei, hat sich der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster an die Bundesregierung gewandt. Der 39-Jährige begehrt in seiner schriftlichen Anfrage Auskunft über den aktuellen Sachstand zur Zukunft des Bundeswehrstandorts Laupheim. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung Laupheim und die Angehörigen des Bundeswehrstandorts vor Ort monatelang im Unklaren lässt und die Betroffenen dann aus den Medien von der offenbar bevorstehenden Schließung erfahren.“

Gerster kritisiert auch, dass der aktuelle Verteidigungsminister de Maizière (CDU) genauso wie sein Vorgänger zu Guttenberg (CSU) sich weigert, vor Ort in Laupheim das Gespräch zu suchen. „In der vorigen Wahlperiode haben wir in der großen Koalition durchgesetzt, dass der Bundeswehrstandort Laupheim mit einem dreistelligen Millionenbetrag modernisiert wird“, so Gerster weiter. „Eine Schließung wäre ein Schlag ins Gesicht für jeden Steuerzahler.“

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete machte deshalb jetzt von seinem Recht Gebrauch, vier Fragen an die Bundesregierung einzureichen, die innerhalb von sieben Tagen beantwortet sein müssen. So will Martin Gerster auch erfahren, ob und in welcher Form die von Schließungen betroffenen Gemeinden von der Bundesregierung überhaupt noch angehört werden. Außerdem verlangt er Auskunft darüber, wann die Bundesregierung definitiv eine Liste jener Bundeswehrstandorte vorlegt, die geschlossen werden. Die Antworten will der 39-Jährige den Betroffenen und der Öffentlichkeit umgehend zur Verfügung stellen.

**Biberach, den 11. Juli 2011** **Wolfgang Heinzl,**  
**Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

**Martin Gerster, MdB**

• Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74711

Fax 030 227 – 76721

Deutscher Bundestag

Referat PD 1

Fax: 30007

Berlin, 11.07.2011/bk

**Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Juli**

1. Inwiefern sind Medienberichte zutreffend, nach denen die Bundesregierung bereits entschieden hat, den Bundeswehrstandort Laupheim zu schließen?
2. Welche Kriterien sprechen aus Sicht der Bundesregierung für den Erhalt bzw. die Schließung des Bundeswehrstandortes Laupheim?
3. Auf welche Weise werden jene Gemeinden angehört, deren Bundeswehrstandorte von einer Schließung bedroht sind?
4. Wann wird die Bundesregierung definitiv eine Liste jener Bundeswehrstandorte vorlegen, die geschlossen werden?



**Martin Gerster**

**SPD Kreis Ulm  
MdB Hilde Mattheis**

**Bundestagsfraktionen zeigen Krankenkassen die gelbe Karte:**

**Mehr Transparenz für  
Mutter-/Vater-Kind-Kuren**

Die Bundestagsfraktionen haben am Mittwoch in einem Entschließungsantrag geschlossen mehr Transparenz bei der Bewilligung von Mutter-/Vater-Kind-Kuren von den Krankenkassen gefordert. Dazu erklärt die Ulmer Abgeordnete und Gesundheitspolitikerin Hilde Mattheis: Seit 2007 haben gesetzlich Krankenversicherte einen Anspruch auf eine Mutter-/Vater-Kind-Kur, wenn diese medizinisch erforderlich ist. Doch zu oft kommen die Krankenkassen ihrer Pflicht nicht nach, wie jetzt der Bundesrechnungshof herausgefunden hat. Deshalb brauchen wir mehr Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungen bei den Krankenkassen.

In den Jahren 2009 und 2010 sind die Ausgaben deutlich gesunken - trotz der hohen Bedeutung solcher Kuren, die die Gesundheit von Kindern und Eltern im Fokus haben. Die Krankenkassen lehnen einen von vier Anträgen ab. Die Gründe dafür sind willkürlich und haarsträubend: Manche Gutachter empfinden den Schichtdienst eines Elternteils als Belastung für die Familie, andere halten dies für eine Unterstützung, weil dadurch ja mehr Zeit für Freizeit sei.

Die Krankenkassen behandeln ihre Mitglieder völlig unterschiedlich, von Gleichbehandlung sind wir weit entfernt. Bei Eltern oder Kindern zu sparen

ist das falsche Zeichen. Deshalb haben wir im Gesundheitsausschuss gehandelt. Die Krankenkassen müssen bis Ende 2011 neue und transparente Kriterien festlegen, die über eine Mutter-/Vater-Kind-Kur entscheiden und dem Bundestag darüber berichten. Das Antragsverfahren soll einfacher werden, außerdem fordern wir eine bessere Beratung.

Wer von der Ablehnung eines Antrags auf Kur betroffen ist, soll sich bitte in meinem Ulmer Wahlkreisbüro melden. Ich stehe allen Betroffenen gerne zur Seite, wenn es darum geht, die erforderlichen Leistungen bei den Krankenkassen einzufordern. Die Ulmer Zweigstellen der Krankenkassen fordere ich auf, medizinisch nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen und alle Eltern gleich zu behandeln.  
**Berlin, den 7. Juli 2011                      Hilde Mattheis, MdB**

## **GWL (Gabriele Warminsky-Leitheußer) neulich in Ehingen**

Wanderer, kommst du statt nach Sparta nach Ehingen in die Lindenhalle, gibt dir Ludwig das Rote Füsle zum Lesen, und Klärle gönnt dir noch einen leckeren Zwetschenkuchen. Wenn der Wanderer am 15. Juli nach Ehingen gekommen wäre, wäre er am Nachmittag kaum mehr in die Lindenhalle gekommen. Sie war übervoll besetzt mit Sozialdemokraten/innen, mit Schulrektoren und Lehrkräften, mit Bürgermeistern und Gemeinderät/innen. Sie hatten Glück: Sie wurden von Gabriele Warminsky-Leitheußer, der neuen SPD-Schulbildungs- und Sportministerin in der Stuttgarter Landesregierung, mit neuesten Informationen zum Planungsstand bei der Schulreform in den kommenden Jahren ausgestattet. Das ist doch was! Übrigens: Mit dem Namen der Ministerin hatte Claus Schmiedel bei der Landtagsdebatte zur Regierungserklärung von MP Kretschmann Mitte Mai noch große Schwierigkeiten.

Charmant, aber mit klarer, fester Stimme sprach die Ministerin auf Einladung der beiden SPD-Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis und Martin Gerster**. Ihr Motto: Wir wollen nicht alles anders machen im Schulsystem, aber vieles besser als die bisherige CDU/FDP-Landesregierung und: "Was gut funktioniert in diesem Land, werden wir nicht kaputt machen!" Die Bürgermeister hörten es gerne: „Wir werden keine Strukturen überstülpen, das letzte Wort über die Schulstruktur vor Ort hat nicht die Landespolitik, sondern der kommunale Schulträger, also die Stadt oder die Gemeinde. Im nächsten Schuljahr wird als erste Maßnahme die verpflichtende Grundschul-Empfehlung für den Besuch der weiterführenden Schularten Hauptschule/Werkrealschule, Realschule oder Gymnasium aufgehoben, zugunsten einer konzentrierten Beratung der Eltern, wie es in Nordrhein-Westfalen seit Jahren ohne große Probleme praktiziert wird. Viel Gemurmel in der Lindenhalle gab es beim

Thema Wiedereinführung des G9-Gymnasiums als Alternative zum G 8. Damit waren viele Schulmeister nicht einverstanden, aus nahe liegenden Gründen. Auch die Werkrealschulen können im neuen Schuljahr (beginnt am 12. September 2011) ihre Abschlussklassen zur mittleren Reife führen. Die Gemeinschaftsschule ab der 5. Klasse kann einzügig sein, zweizügig, je nach den Verhältnissen vor Ort.

Landesweit sind beim Kultusministerium in den vergangenen Monaten bis zu 60 Anträge auf Verbundschulen (HS+RS) bzw. auf Gemeinschaftsschulen eingegangen. Diese Anträge von Schulträgern und Schulkonferenzen werden im Stuttgarter Ministerin unter Anderem von Norbert Zeller intensiv geprüft, ob sie den Anforderungen gerecht werden und ob das pädagogische Konzept stimmt.

In NRW können zum neuen Schuljahr erst einmal nur 12 Gemeinschaftsschulen in die Zukunft starten. Auch die Inklusion, die Möglichkeit für Eltern, ihr behindertes Kind an einer Regelschule anzumelden nach den Vorgaben der UN-Konvention, soll die Schulen künftig begleiten mit Unterstützung der Sonderpädagogen aus den bisherigen Förder- und Sonderschulen, nach dem Beispiel des finnischen Schulsystems. Die Gemeinschaftsschule übrigens soll das unterschiedliche Niveau aller 3 bisherigen Schularten (Hauptschule/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium) im Bildungsplan integrieren und somit den Schüler/innen anbieten, die Hochschulreife zu erwerben oder die mittlere Reife.

Die Ausführungen der Ministerin machten jedem Anwesenden deutlich, dass die Arbeit an der neuen Schul- und Bildungspolitik –vom Kinderhort bis zur Universität, künftig nicht allein in Stuttgart bewerkstelligt wird. Da muss man sich auch vor Ort, in der alltäglichen Parteiarbeit, viel mehr Gedanken um Konzepte und Entwicklungen machen. Im Kreis Ravensburg etwa sind bereits 8 Städte und Gemeinden mit Anträgen zur neuen Gemeinschaftsschule fertig. Im Bodenseekreis?

**W. Bernhard**

### **SPD Kreis Ravensburg**

#### **Seltenes Jubiläum:**

### **Bernhard Stich feiert 65-jährige SPD-Mitgliedschaft**

BAIENFURT - Bernhard Stich hat jetzt seine 65-jährige Mitgliedschaft in der SPD gefeiert; Grund genug für seinen SPD-Ortsverein Baienfurt das Ereignis diese Woche mit dem Jubilar, dessen Familienangehörigen und ehemaligen Gemeinderatsweggefährten zu feiern. Ortsvereinsvorsitzende

Brigitta Wölk traf in ihrer Begrüßungsrede den Nagel auf den Kopf, als sie klarstellte, dass ein solcher Festanlass unbedingt begangen werden müsse: „Welcher Ortsverein hat das Glück ein Mitglied von der Wiedergründung 1946 noch in seiner Mitte zu haben?“

Sie bedankte sich bei den Gästen, die zu einer gelungenen Feier beitrugen, sowie bei MdB Martin Gerster, der mit seinem Kommen die Wichtigkeit des Jubiläums verdeutlichte, und wünschte sich noch viele Gelegenheiten solche Feste zu veranstalten. Zuvor hatte Baienfurts Bürgermeisterstellvertreter Franz Riedinger die Stationen der politischen Beteiligung von Bernhard Stich in der Gemeinde aufgezeigt und den Jubilar für die jahrelange Mitarbeit gewürdigt.



**Foto von links: MdB Martin Gerster (SPD-Betreuungsabgeordneter für den Wahlkreis Ravensburg), Bernhard Stich und die Baienfurter SPD-Ortsvereinsvorsitzende Brigitta Wölk.**

MdB Gerster, der Bernhard Stich bereits für 60-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt hatte, freute sich sichtlich, die Ehrung wieder fürs 65-Jährige vornehmen zu können und sprach die Hoffnung aus, auch an den nächsten Ehrungen dabei sein zu dürfen. In seiner Rede ließ Gerster 65 Jahre SPD Revue passieren: „Was hat der Jubilar nicht alles in der Politik Deutschlands erleben dürfen!“ Der Abgeordnete zeichnete Bernhard Stich schließlich für seine jahrzehntelange Treue zur SPD mit der goldenen Ehrennadel der Partei aus.

**Für den Vorstand: Brigitta Wölk, Vorsitzende**  
**Über: Bürgerbüro Martin Gerster MdB**

## Viel Wind um die Windkrafträder!

Am Gehrenberg gibt es sie, ebenso am Schwarzen Grat bei Isny: Die pro- und contra-Debatte um die Errichtung von neuen Windrädern in der Region. Ja, so ist es, wer A sagt, muss auch B sagen! Abschalten von Atomkraftwerken ist das Eine, die Energiewende mit der nachdrücklichen Förderung einer neuen Energiestruktur und der erforderlichen neuen Stromnetze von Nord nach Süd und von Ost nach West ist das Andere. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist dabei, einen Windatlas für mögliche Standorte als Orientierungsrahmen für

den Entscheidungsprozess in den hiesigen Städten und Gemeinden zu erstellen.

Manche Bürgerinitiativen wie die in Isny machen so viel Wind dagegen, dass man daraus beinahe zusätzliche Stromenergie gewinnen könnte. Auf der Internetseite

[www.bodensee-oberschwaben.de](http://www.bodensee-oberschwaben.de)

kann man/frau die Sitzungsunterlagen und Karten des Regionalverbandes von der Sitzung am 20. Mai 2011 in Meßkirch betrachten. Einen ähnlichen Atlas zu möglichen neuen Anlagen für die **Photovoltaik** hat Rudolf Bindig im **Ravensburger Kreisparlament** beantragt. „Vorarlberg etwa und manche Schweizer Kantone haben einen viel höheren Standard diesbezüglich als Oberschwaben, trotz der vielen Bauernhöfe mit Solarkollektoren“, mahnt der SPD-Kreisrat aus Weingarten zu Recht. Baden-Württemberg hängt bis jetzt noch bis zu 53 Prozent an der Atomkraft. Bis 2020 muss der Anteil der Windenergie von jetzt 0,7 auf 10 Prozent angehoben werden, was rund 1 600 Windkrafträder bedeutet!! In der Region Bodensee-Oberschwaben könnten auf 3600 Hektar (ohne Naturschutz-Auflagen) etwa 280 Windkraftanlagen errichtet werden, die meisten davon in Waldgebieten.

Im Kreis Emmendingen haben SPD- und Grünen-Kreisräte in einem Antrag die Landkreisverwaltung beauftragt, „alle Notwendigkeiten zu prüfen und zu benennen, die ein zeitoptimales Genehmigungsverfahren neuer Windkraftanlagen gewährleisten. Im Glottertal im Schwarzwald hat es am 10. Juli eine Bürgerbefragung zur Windkraft gegeben, an der sich 47,8% der Stimmberechtigten Bürger/innen beteiligten. 641 stimmten mit Ja (55,1%), 521 mit Nein (44,84%). Damit erhielt eine geplante Windkraftanlage auf den umliegenden Höhen im Glottertal eine knappe Mehrheit.

In Baden-Württemberg sind bis Juli 2010 nur 360 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 450 Megawatt installiert worden. 4 200 Beschäftigte arbeiten in Baden-Württemberg für die Windenergie.

Im gut besetzten Dorfgemeinschaftshaus Beuren bei Isny gab **Peter Didszun** sein Debüt als SPD-Sprecher für Windkraftinvestitionen in seiner Eigenschaft als sachverständiges Mitglied der SPD-Fraktion in der Regionalverbandsversammlung. Didszun saß zusammen mit dem Grünen Spangenberg, dem CDU-Bürgermeister Josef Köberle (Argenbühl) und dem FDP-Vertreter Franz Frankenhauser auf dem Podium. Der Verein „Natürlich fürs Allgäu“ protestierte bei der Veranstaltung mit viel Schaum vor dem Mund gegen 5 bis 6 geplante Windräder auf den Höhen um Beuren, bis zu 220 Meter hoch. Lothar Prinz, der Vorsitzende des dynamischen Vereins, kündigte Klagen vor Gericht gegen allfällige behördliche Entscheidungen an. Erneuerbare Energien ja, aber nicht bei uns, lautete



lakonisch seine Botschaft an die Versammlung und ans Podium. Erst zum Jahre 2050 seien die erneuerbaren Energien technisch in der Lage, so Prinz, das Stromaufkommen der AKWs und der fossilen Energieträger aufzufangen. „Windräder verschandeln die Adelegg, wir wehren uns dagegen!“ macht der Verein Stimmung.

Peter Didszun bekannte sich in seinem Statement zur Botschaft der neuen Landesregierung, 20 Prozent des Energiebedarfs künftig aus erneuerbaren Energien zu decken, also auch aus der Windenergie, die von der alten Landesregierung erheblich vernachlässigt worden sei. Didszun appellierte an die Versammlung unter Beifall, sich nicht nur auf die Abwehr von Windrädern zu konzentrieren, sondern sich um geeignete Alternativen zu bemühen. „Das Allgäu kann auch mehr Strom aus Photovoltaik, Biogas und Geothermie liefern“, gab der SPD-Experte die Marschrichtung vor. Im Übrigen lege die neue Landesregierung im Planungsverfahren großen Wert auf eine transparente Bürgerbeteiligung. Auch in der Regionalverbandsversammlung selbst werde über den Teilplan Windenergie recht kontrovers diskutiert, räumte Didszun ein.

Mit dem Windpark und den Bürgereinwänden werde sich der Regionalverband sorgfältig auseinandersetzen. Die Parteivertreter auf dem Podium bekräftigten den überparteilichen Konsens, aus der Atomenergie bald auszusteigen und die Energiewende im Dialog mit den Bürger/innen voranzutreiben. Ihnen ist aus der lebhaften Auseinandersetzung in Beuren bewusst geworden, dass noch viel konzeptionelle und kommunikative Arbeit auf die politischen Parteien zukommt in den nächsten Jahren, die Infrastruktur vor Ort und in der Region rechtzeitig auf die Nutzung der erneuerbaren Energien vorzubereiten. Peter Didszun dazu abschließend: „Das ist auch eine gute Chance für den Mittelstand und das Handwerk in der Region und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.“ Der Rote See-Has wird demnächst ein Papier zur Orientierung der kommunalen SPD-Mandatsträger/innen in der wachsenden energiepolitischen Debatte vorstellen.

23.07.2011

W. Bernhard

## **SPD in Oberschwaben fordert eine stärkere Nutzung der Windenergie auch in dieser Region – aber nicht gegen den Willen der Bevölkerung**

Die verstärkte Nutzung der Windenergie in Oberschwaben sorgt für heftige Diskussionen in der Bevölkerung. Neben einer grundsätzlichen Aufgeschlossenheit gegenüber der Windkraft gibt es auch Skepsis, Kritik und Ablehnung. Insbesondere tun sich die Unionspolitiker der Region schwer, die von der Bundes- und Landespartei vollzogene Wende

nachzuvollziehen und ihrer Anhängerschaft zu vermitteln, dass Windräder künftig auch zum hiesigen Landschaftsbild gehören. Die SPD-Fraktion im Regionalverband steht demgegenüber uneingeschränkt hinter den energiepolitischen Zielen der neuen Landesregierung. In Gesprächen mit den Bürgern wirbt sie für die Chancen, die mit der Nutzung der Windkraft auch in unserer Region verbunden sind. Nach Berechnungen von Experten sind ca. 1.600 Windkraftanlagen (WKA) in Baden-Württemberg erforderlich, um, wie angestrebt, 10 Prozent des Stromverbrauchs aus heimischer Windenergie zu decken. Das wären durchschnittlich 134 Anlagen für jede der 12 Regionalverbände. Andererseits jedoch will sie alle Stellungnahmen der Bevölkerung, auch begründete Ablehnung, ernst nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Gegen den Willen betroffener Gemeinden will die Fraktion nicht entscheiden. Bei einem Potential von 280 WKA sieht die SPD-Fraktion einen Entscheidungsspielraum, der es erlaubt, spezielle Umstände einzelner Gemeinden zu berücksichtigen.

Im Hintergrund der Diskussion stehen die Beschlüsse des Bundestages zum Ausstieg aus der Kernenergie und zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Mit diesen Beschlüssen haben nunmehr alle politischen Kräfte in Deutschland die Wende zu den erneuerbaren Energien ausgerufen. Dies ist eine enorme ökonomische und politische Herausforderung und sie betrifft alle politischen Ebenen, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Im deutschen Energiemix der Zukunft – auch das ist Teil des gesellschaftlichen Konsenses – wird die Windenergie eine tragende Rolle spielen.

Auch das Land Baden-Württemberg, das bislang in besonderem Maße auf die Nutzung der Kernenergie gesetzt hat, ist sich dieser Herausforderung bewusst. Bereits die vorige unionsgeführte Landesregierung unter Ministerpräsident Stefan Mappus hat hier eine Kurskorrektur eingeleitet und in ihrem „Energiekonzept 2020“ beschlossen, die Nutzung der Kernenergie zu vervierfachen. Die neue grün-rote Landesregierung geht hier noch einen großen Schritt weiter, wenn sie bis zum Jahre 2020 mindestens 10 Prozent des Stromverbrauchs aus heimischer Windenergie decken will. Zum Vergleich: im Jahre 2005 betrug der Anteil der Windenergie an der Bruttostromerzeugung gerade einmal 0,4%. Mit diesem geringen Anteil war Baden-Württemberg Schlusslicht unter den Bundesländern.

Über lange Jahre hinweg verfolgte die regierende CDU in Baden-Württemberg eine energiepolitische Strategie der längerfristigen Nutzung der Kernenergie, verbunden mit der Abwehr von Windkraftanlagen (WKA) aus Gründen des Landschaftsschutzes und mit der undiskutierten Voraussetzung, dass das Land für eine Endlagerung der Kernbrennstoffe nicht in Frage kommt. Diese Strategie lag auch der bisherigen Regionalplanung im Lande zugrunde,

insbesondere auch dem für die Region Oberschwaben noch gültigen Teilregionalplan Windenergie aus dem Jahre 2006.

Bereits der Vorgängerregierung wurde klar, dass mit dem derzeitigen Regionalplan die heutigen energiepolitischen Ziele nicht zu erreichen sind. Hinzu kommt, dass der Teilregionalplan mit dem Gesetz zur Förderung der regenerativen Energien und anderen Rechtsnormen nicht vereinbar ist, weil er der Windkraft in der Region substantiell nicht genügend Raum gibt. Eine Fortschreibung des Teilregionalplans ist daher zwingend erforderlich.

In seiner Sitzung am 20. Mai hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben einstimmig einen grundsätzlichen Beschluss über die potentiellen Standorte für die Windenergienutzung in der Region gefasst. Es handelt sich um Gebiete, die, ausweislich des kürzlich erstellten Windatlas Baden-Württemberg, ein Windkraftaufkommen haben, das einen wirtschaftlichen Einsatz von WKA erlaubt und für die keine konkurrierenden Nutzung vorgesehen ist oder in denen sonst ein generelles Hindernis dem entgegensteht. Bis zu 280 WKA können in diesen Standorten errichtet werden.

Im derzeitigen Stand des Verfahrens gibt es noch keine Festlegungen bezüglich der Standorte und der dort zulässigen Anzahl von Anlagen. Der Grundsatzbeschluss über die potentiellen Standorte bildet vielmehr die Grundlage für eine vorgezogene Bürgerbeteiligung und eine umfassende Bürgerinformation. Der Regionalverband orientiert sich hier am Vorbild der Schweiz, auch wenn es das Instrument der Referenden hier nicht gibt. Die Ergebnisse der vorgezogenen Bürgerbeteiligung werden dann im nächsten Schritt in den Entwurf des Teilregionalplans eingehen, der von der Verbandsverwaltung auszuarbeiten und von der Verbandsversammlung zu beschließen ist. Eine der rechtlichen Hürden, die die Errichtung von WKA bislang verhindert haben, ist eine Bestimmung des Landesplanungsgesetzes, wonach außer in den speziell ausgewiesenen Vorranggebieten keine Anlagen genehmigt werden dürfen. Die neue Landesregierung hat angekündigt, dass sie das Gesetz in diesem Punkt ändern will, sodass der Teilregionalplan auch solche Gebiete enthalten kann, in denen die Gemeinden von sich aus über die Genehmigung entscheiden können.

22.07.2011

Peter Didszun

## **Christel Ulmer mahnt die Landesregierung**

Nach ihrem engagierten Wahlkampf als Landtagskandidatin im Wahlkreis Ravensburg ist Christel Ulmer längst wieder in ihrem Alltag als Leiterin der Kindertagesstätte in Neukirch hinter Tettmang angekommen. Sie hat große Sorgen, dass die Umgestaltung des Elementarbereiches, der neuen Kinder-

horte und der Kindergärten, am Fachkräftemangel scheitern könnte. In vielen Gemeinden fehlt offenbar das Geld für genügend Personal, um allen unter Dreijährigen einen Krippenplatz anzubieten. In Neukirch gehen zur Zeit 108 Kinder in die KITA, die von 10 Erzieherinnen einer Mittagshilfkraft betreut werden. Die Eltern kann man mit den Gebühren nicht weiter belasten, das Rathaus zahlt jedes Jahr über 200 000 Euro drauf. Wenn im KITA-Bereich der neue Orientierungsplan verbindlich eingeführt werden soll, muss für Christel Ulmer mehr geschehen, um eine qualifizierte Betreuung und Bildung der Kleinkinder zu gewährleisten.

Die Krippe für 10 Ein- bis Dreijährige gibt es schon zwei Jahre lang in Neukirch, sie können zwischen 7.30 Uhr und 12.30 Uhr ihren Vormittag verbringen, wenn die Eltern ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Die Warteliste für den Kinderhort wird immer länger, und die Gruppen im KITA-Bereich müssten kleiner sein, wenn man den Anforderungen des neuen Orientierungsplans auch nur annähernd gerecht werden will. Ihre Mahnung an die Landesregierung: Mehr Fachkräfte mit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung und einer dementsprechenden Bezahlung. Das Rezept: Den C-4-Professoren an der UNI 5 Prozent des Einkommens wegnehmen und das Geld den Erzieherinnen an der Basis des Bildungssystems geben! Wenn diese Reform der frühkindlichen Bildung und Betreuung nicht gelingt, dann scheitert auch mancher Anspruch, mancher Bildungsstandard im anschließenden Schul- und Hochschulbereich.

23.07.2011

W. Bernhard

## **BayernSPD SPD Kreisverband Lindau**



## **Neue Internetseite von Dr. Paul Wengert ist mit neuem Service online**

Mit verbessertem Service ist die neue Internetseite [www.paul-wengert.de](http://www.paul-wengert.de) online gegangen. Gleich auf der Startseite erfahren Besucherinnen und Besucher der Seite die aktuellen Termine des Allgäuer Landtagsabgeordneten aus Füssen. „Wer sich für eine Veranstaltung interessiert, kann sich schnell und unkompliziert direkt über das Online-Kontaktformular mit meinem Büro oder auch telefonisch mit meinen Mitarbeiterinnen in Verbindung setzen“ freut sich Dr. Paul Wengert.

Bürgernähe beruht in der heutigen Zeit auch auf Erreichbarkeit übers Internet ist sich Wengert sicher: „Gerade junge Leute nutzen diese Möglichkeit der Kontaktaufnahme“, so der Landespolitiker. Selbstverständlich ist die neue Seite barrierefrei gestaltet. So können die Infos auch mit einem „Screenreader“, das ist ein Bildschirmvorleseprogramm, genutzt werden.

Wer sich über die parlamentarische Arbeit von Dr. Paul Wengert informieren möchte, wird im neuen Web-Auftritt schnell fündig: Links führen direkt in den Bayerischen Landtag oder auch zu einer Übersicht über die Parlamentarischen Initiativen in Form von Anfragen und Anträgen von Dr. Paul Wengert. Über die Veranstaltungsinfos wurden von Claudia Perzl, die den neuen Auftritt als Administratorin betreut, zahlreiche Verlinkungen angelegt, die weiterführende Informationen über Veranstalter und Organisationen liefern und auch über die Aktivitäten auf ehrenamtlicher Ebene von Dr. Paul Wengert informieren wie etwa für das Bayerische Rote Kreuz oder den Chorverband Bayerisch Schwaben.

Abgerundet wird der neue Internetauftritt durch eine Fotoplattform, die neben aktuellen Fotos auch Bilder aus der Zeit von Dr. Paul Wengert als Füssener Bürgermeister von 1990 bis 2002, als Augsburger Oberbürgermeister von 2002-2008 und aus dem privaten Bereich zeigen.

Dr. Paul Wengert ist für Rückfragen auch erreichbar unter:

**Telefon** 08362/921253 oder  
**Handy** 0176/80290255

### Über Dr. Paul Wengert

Dr. Paul Wengert ist seit Oktober 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags.

Er ist dort tätig als

- Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
- Mitglied der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der Bayerischen Landesbank
- Mitglied des Beirats für sparkassenrechtliche Grundsatzfragen beim Sparkassenverband Bayern
- Mitglied der Internationalen Parlamentarier-Kommission Bodensee
- Tourismuspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Ehrenamtlich ist Dr. Wengert engagiert als

- Präsident des Chorverbandes Bayerisch-Schwaben (CBS)
- Vizepräsident des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK)
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der Handels- und Dienstleistungsgesellschaft des Bayerischen Roten Kreuzes mbH
- Vorsitzender des Revisionsausschusses des BRK
- Justiziar und Konventionsbeauftragter im Vorstand des BRK-Bezirksverbandes Schwaben

- Vorsitzender des Allgäu Vereins – Verein zur Förderung der Allgäuer Regionalentwicklung e.V.
- 2. Vorstand des Musikvereins „Harmonie Füssen e. V.“
- Mitglied der Kuratorien der Universität Augsburg und der Hochschule Kempten

1952 geboren in Ellwangen (Baden Württemberg)

1972 Abitur am Peutinger-Gymnasium in Ellwangen

1972 bis 1974 Wehrdienst

1974 bis 1979 Studium an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Kath. Theologie)

1979 Erste juristische Staatsprüfung

1982 Zweite juristische Staatsprüfung

1982 Promotion zum Doctor iuris utriusque (Doktor beider Rechte)

1982 bis 1990 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Augsburg und Richter am Amtsgericht Augsburg, zuletzt Vorsitzender eines Schöffengerichts

1990 bis 2002 Erster Bürgermeister der Stadt Füssen

2002 bis 2008 Oberbürgermeister der Stadt Augsburg

Seit 10/2008 Mitglied des Bayerischen Landtags

**Dr. Paul Wengert Mitglied des Bayerischen Landtags**

## Lindenberger Kommunalpolitik?



Leo Wiedemann

FANATISMUS findet sich  
nur bei SOLCHEN Menschen,  
die einen inneren ZWEIFEL  
zu ÜBERTÖNEN suchen.

(Carl Gustav Jung,  
Psychoanalytiker, 1875-1961)

## **Zuletzt eingegangene Nachrichten:**

### ***Pflegereform – SPD liefert, Regierung meckert***

#### **AG Gesundheit**

Zur Kritik am Pflegereform-Konzept der SPD-Bundestagsfraktion erklärt die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion **Hilde Mattheis**:

Die SPD hat einen detaillierten Entwurf vorgelegt, in dem wir festgelegt haben, was nach unseren Erkenntnissen und Erwartungen eine zukunftsfeste Pflegeversicherung leisten muss. Dies betrifft alle Bereiche einer modernen Versorgung Pflegebedürftiger. Beginnend mit der Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes über die quantitative und qualitative Personalversorgung bis hin zu einer sozial gerechten Finanzierung im Rahmen eines solidari-schen Bürgerversicherungskonzeptes.

Mangels eigener Vorschläge beschäftigen sich Herr Spahn und die Union lieber damit, die Kosten unserer Vorschläge hochzurechnen. Inhaltlich hingegen hat Schwarz-Gelb nichts zu bieten. Zumindest nichts, was Bestand haben wird. Der Vorschlag einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Pflegeversicherung von Gesundheitsminister Bahr wird bereits vom bayerischen Koalitionspartner als "unsozial" abgelehnt. Der medial inszenierte "Pflegegipfel" seines Vorgängers im Frühjahr hat erwartungsgemäß auch zu keinem Ergebnis geführt. Sollte der für den Sommer angekündigte Entwurf eines Pflegegesetzes tatsächlich noch diesen Sommer kommen, freut sich die SPD auf die inhaltliche Auseinandersetzung.

Die Erbsenzählerei der Union ist einer inhaltlichen Debatte nicht förderlich und keine Hilfe für die ständig wachsende Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land. Unsere Vorschläge helfen Pflegebedürftigen wie Pflegenden und bilden ein solides Fundament für eine zukunftssichere Pflege in Deutschland.

28.07.2011

SPD-Bundestagsfraktion

#### **Wowereit:**

### **Volle Gleichstellung steht immer noch aus**

Vor zehn Jahren hat die SPD-geführte Bundesregierung das Lebenspartnerschaftsgesetz beschlossen. Hierzu erklärt der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit:

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, dass in ihrer Regierungszeit ab 1998 viele Reformen zur gesellschaftlichen Modernisierung realisiert werden konnten. Dass unsere Gesellschaft immer schon von unterschiedlichen vielfältigen Lebensentwürfen geprägt war, wollte die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Helmut Kohl nie einsehen. Es durfte nicht sein, was das konservative Weltbild nicht vorsah. Es war für viele Menschen in Deutschland eine große Erleichterung und Befreiung, dass ihnen mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz endlich der Weg offenstand, ihre gleichgeschlechtliche Liebe auch vor dem Gesetz besiegeln zu können. Verantwortung füreinander zu übernehmen, ist keine Frage der sexuellen Orientierung.

Inzwischen hat sich unsere Gesellschaft stark modernisiert. Der Mief der konservativen Jahre ist gelüftet. Das gesellschaftliche Klima in Deutschland ist weltoffener und toleranter geworden. Im Rahmen dieses Prozesses war das Lebenspartnerschaftsgesetz ein elementares Symbol für mehr Freiheit.

Damit ist aber der Gleichstellung Homosexueller in unserer Gesellschaft noch längst nicht genüge getan. Es ist an der Zeit, dass wir die Lebenspartnerschaft endlich der Ehe gleichstellen, um eine vollständige Gleichberechtigung zu erzielen: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Es gilt, dafür zu sorgen, dass eingetragene Lebenspartnerschaften im Steuerrecht nicht mehr benachteiligt werden. Ebenso müssen die Versorgungsansprüche im Bundesbeamtenrecht gleichberechtigt geregelt werden. Des Weiteren muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass das Adoptionsrecht auch auf eingetragene Lebenspartnerschaften ausgeweitet wird. Es gilt der Grundsatz: Familie ist da, wo Kinder sind.

Es bleibt noch viel zu tun bis zur vollständigen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Die amtierende Bundesregierung scheint aber leider nicht gewillt, der gesellschaftlichen Modernisierung Rechnung zu tragen. Sie ist wie so oft der Zeit weit hinterher.

Berlin, 29. Juli 2011

SPD-Presseservice

## **FRAU WEISHEIT**

**„FRAUEN WAREN JAHRHUNDERTE-  
LANG EIN ERGRÖßERUNGSSPIEGEL,  
DER ES DEN MÄNNERN ERMÖGLICH-  
TE, SICH SELBST IN DOPPELTER  
LEBENSGRÖSSE ZU SEHEN.“**

Virginia Woolf  
(1882-1941), engl. Erzählerin und Essayistin

Aus: AsF Aktuell 03-2011

## Augenblicke eines Deutschtürken:

### Warnung aus Norwegen

Eine Zeit lang war wahrzunehmen, dass viele Muslime ein ungutes Gefühl hegten nach den ersten Meldungen über den Anschlag in Norwegen. Sie haben befürchtet, dass dieser Anschlag schon wieder „islamisch“ motiviert sein könnte. Dies hätte wieder eine heftige Diskussion über Islam und der von ihr ausgehenden vermeintlichen Gefahr ausgelöst und damit wieder alle Muslime unter Generalverdacht gestellt. Wieder hätten wir im TV Bilder zu sehen bekommen, die in ihrer Kernaussage Muslime gleich Terroristen gleich käme.

Er war ein bisschen „Glück“ im Unglück der Anschlag in Norwegen aus folgender Perspektive. Nicht, dass deswegen der Anschlag OK sei. Die unmenschliche Tat eines norwegischen Attentäters soll hier nicht verharmlost werden. Nein, natürlich sind solche Anschläge, egal welcher Richtung, große Verbrechen und unter keinen Umständen zu tolerieren. Viel mehr geht es um seine Folgen. Die Muslime durften ein wenig aufatmen als der Verdacht eines islamistischen Anschlags sich als falsch erwies. Diesmal dürften die Medien keine Ängste schüren gegen Islam und Muslime. Eine kleine Erleichterung. Eine gezielte Verunglimpfung soll uns erspart bleiben.

Dieser Anschlag hat eine kleine Wende gebracht. Dafür gesorgt, dass der Horizont vieler jetzt weiter reicht. Aber warum musste erst ein Kranker fast 80 Menschen das Leben nehmen, damit hierzulande Vorurteile gegen eine gezielte Gruppe in sich zusammen brechen? Der Anschlag in Norwegen hat viele Europäer in ihrer Überzeugung tief erschüttert. Kein langbärtiger Turbanträger war es, sondern ein blonder, blauäugiger Norweger. Es war kein rückständiger Mohammedaner, nein, es war ein fundamentalistischer Christ. Das Bild des Bösen hat sich gewendet.

In den letzten Jahren wurde mehrfach auf steigenden Islam- und Fremdenhass in Europa aufmerksam gemacht. Vergeblich: Die Antiislam-Propaganda wurde immer wieder mit dem Verweis auf die Meinungsfreiheit geduldet. Selbsternannte Islamkritiker und Multikulti-Gegner wussten dies zu nutzen und profitierten sowohl finanziell als auch politisch. Allen voran Frau Merkel und Herr Seehofer erklärten Multikulti als gescheitert um politischen Rückhalt bei der sich immer weiter nach rechts bewegenden gesellschaftlichen Mitte zu gewinnen. Thilo Sarrazin zeigte offen mit dem Zeigefinger auf Muslime und Migranten, machte sie für die Abschaffung des Landes verantwortlich, bekam unnötige Aufmerksamkeit und konnte letztendlich durch den Verkauf seines Pamphlets und die vielen TV-Auftritte sein Vermögen deutlich mehren. Als „gut-

gläubig“ wurden jene abgestempelt, die für eine tolerante und offene Gesellschaft appellierten.

Freuen kann man sich nun über Aussagen wie Der Anschlag in Norwegen hat nichts mit dem Christentum zu tun. Genauso wenig, wie ein Islamist mit dem Islam zu tun hat. Man ist heute endlich fähig zu differenzieren und Anschläge von Fundamentalisten nicht gleich einer ganzen Religionsgemeinschaft in die Schuhe zu schieben. Doch gänzlich falsch ist es, die Tat des norwegischen Attentäters auf einen Einzeltäter zu reduzieren. Es ist viel mehr die Ursache des immer weiter steigenden Hasses gegen Fremde und der Angst vor der vermeintlichen „Islamisierung“. Ein Blick ins Internet genügt. Hier findet man viele Menschen die dieselben Theorien mit dem norwegischen Attentäter teilen. Es ist nur eine Frage der Zeit bis auch sie sich in ihre kruden Theorien so weit reingesteigert haben, bis sie letztlich zuschlagen.

Es ist nicht gerecht solche Taten dem Christentum zuzuschreiben. Terrorismus hat keine Religion. Überhaupt hat so was wenig mit Menschlichkeit oder Glauben zu tun. Sie ist ein gefährliches Gemisch aus Angst und Hass. Ein Gemisch aus übersteigertem Patriotismus und dem Glauben anderen Menschen überlegen zu sein. Vorurteile und Ängste zu schüren bringt keinen von uns weiter.

26.07.2011

Taner Beklen

Mit freundlicher Genehmigung des Autors

### About

Taner Beklen ist 20 Jahre alt, gebürtiger Dortmunder und lebt zurzeit in Immenstaad am Bodensee. Hier studiert er an der Universität Konstanz Rechtswissenschaften. Seit 2009 ist er aktives Mitglied der SPD und engagiert sich unter anderem bei den Jusos, in der Jugendorganisation der SPD.

„Als Blogger bringe ich er seit einigen Jahren seine Gedanken und Gefühle im Internet zum Ausdruck. Als praktizierender Muslim schreibe ich gerne was ich denke. Denn es ist keine Seltenheit mehr, dass man über Muslime pauschalisierend und verletzend berichtet. Doch ich blogge auch, um meine Wahrnehmungen kund zu tun, meine Gedanken zu sortieren und den Gedankenstrom in Worte zu fassen. Hierfür pflege ich diesen Blog als mein Sprachrohr. Ich interessiere mich für Politik, Geschichte, Religion und Philosophie. Vielleicht bin ich deswegen so naiv und glaube, dass man die Welt zum Besseren verändern kann. Auch wenn man meint der Glaube könne Berge versetzen, denke ich, dass Glauben allein nicht hilft. Deswegen versuche ich in meiner Freizeit durch ehrenamtliche Arbeit, soziales und politisches Engagement meinen Beitrag für unsere Gesellschaft zu leisten.“

Die Redaktion



## Folgendes Schreiben vom Bundeskanzleramt ist hier kommentarlos wiedergegeben:

### Bundeskanzleramt

Eingangsstempel LRA FN: 21. Juli 2011

Bundeskanz/bfaTit. 11012 Berlin

Herrn  
Lothar Wölfe  
Landrat  
Landratsamt Bodenseekreis  
88041 Friedrichshafen

Dr. Peter Rösgen  
Ministerialdirigent  
Leiter der Gruppe Infrastrukturpolitik

HAUSANSCHRIFT Wiliy-Brandt-Straße 1,10557 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin  
TEL +493018400-2322  
FAX +493018400-1801  
E-MAIL [peter.roesgen@bk.bund.de](mailto:peter.roesgen@bk.bund.de)

Berlin, 21. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Wölfe,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben an die Bundeskanzlerin zu den Straßenbauvorhaben Bundesstraße B 30 Ravensburg - Friedrichshafen und B 31 Überlingen -Friedrichshafen/Waggershausen.

Frau Bundeskanzlerin Merkel hat bei ihrem Besuch in Friedrichshafen betont, dass sie hofft, dass gemeinsam mit dem Land ein Weg gefunden wird, um die Vorhaben voranzubringen.

Die Vorschläge der Region zur Finanzierung von Verkehrsprojekten werden im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung intensiv geprüft. Vor dem Hintergrund, dass die neue Landesregierung von Baden-Württemberg im Koalitionsvertrag fordert, vor dem Bau neuer Maßnahmen zunächst alle in Bau befindlichen Vorhaben fertig zu stellen, sind auch die Straßenbauvorhaben im Zuge der B 30 und B 31 - neben der Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten - mit der Landesregierung zu erörtern. Diese Abstimmung wird derzeit durchgeführt. Herr Bundesminister Ramsauer hat Herrn Minister Hermann hierzu jüngst vorgeschlagen, eine umfassende Lösung für die in der Region dringlich erwartete Finanzierung der Straßenbauvorhaben zu erarbeiten.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang angesprochene Einführung einer PKW-Maut zur Finanzierung von Straßenbauvorhaben ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Damit steht das Thema auch nicht auf der Agens der Bundesregierung.

Mir freundlichen Grüßen

gez. P. Rösgen

# Impressum

## Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident  
Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

|                                   |                                                                                        |                                                                      |
|-----------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------|
| Bundes SPD:                       | <a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>                                             | <a href="http://SPD.de">SPD.de</a>                                   |
| SPD-BW:                           | <a href="mailto:bawue@spd.de">bawue@spd.de</a>                                         |                                                                      |
| Büro Peter Simon, MdEP:           | <a href="mailto:peter.simon@europarl.europa.eu">peter.simon@europarl.europa.eu</a>     |                                                                      |
| Evelyne Gebhardt, MdEP:           |                                                                                        |                                                                      |
| Europa Aktuell:                   | <a href="mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de">EGebhardt.MdEP@t-online.de</a>             |                                                                      |
| Udo BULLMANN, MdEP: über          | <a href="mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de">EGebhardt.MdEP@t-online.de</a>             |                                                                      |
| SPD-Bundestagsfraktion:           | <a href="mailto:presse@spdfraktion.de">presse@spdfraktion.de</a>                       |                                                                      |
| Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: | <a href="mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de">hilde.mattheis.ma01@bundestag.de</a> |                                                                      |
| Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:     | <a href="mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de">hilde.mattheis@wk.bundestag.de</a>     |                                                                      |
| Alfred Winkler, MdL:              | <a href="mailto:alfred.winkler@spd.landtag-bw.de">alfred.winkler@spd.landtag-bw.de</a> |                                                                      |
| Dietram Hoffmann:                 | <a href="mailto:dietram.hoffmann@googlemail.com">dietram.hoffmann@googlemail.com</a>   |                                                                      |
| SBI:                              | <a href="http://www.bodensee-internationale.org">www.bodensee-internationale.org</a>   |                                                                      |
| Dario Sulzer:                     | <a href="mailto:sulzer@sp-sg.ch">sulzer@sp-sg.ch</a>                                   |                                                                      |
| links 3.11:                       | <a href="mailto:info@sp-sg.ch">info@sp-sg.ch</a>                                       |                                                                      |
| SPÖ-Express:                      | <a href="mailto:hubert.loetsch@spoe.at">hubert.loetsch@spoe.at</a>                     | <a href="http://www.spoe.at">www.spoe.at</a>                         |
| SPÖ-Aktuell:                      | <a href="mailto:spoe.aktuell@spoe.at">spoe.aktuell@spoe.at</a>                         |                                                                      |
| Hans-Peter Storz, MdL:            | <a href="mailto:info@hans-peter-storz.de">info@hans-peter-storz.de</a>                 | <a href="http://www.hans-peter-storz.de">www.hans-peter-storz.de</a> |
| Büro Berlin Martin Gerster, MdB:  | <a href="mailto:martin.gerster.ma01@bundestag.de">martin.gerster.ma01@bundestag.de</a> |                                                                      |
| Wolfgang Heinzel:                 | <a href="mailto:Wolf99maci@aol.com">Wolf99maci@aol.com</a>                             |                                                                      |
| Brigitta Wölk:                    | <a href="mailto:kontakt@spd-baienfurt.de">kontakt@spd-baienfurt.de</a>                 |                                                                      |
| Peter Didszun:                    | <a href="mailto:peter.didszun@web.de">peter.didszun@web.de</a>                         |                                                                      |
| Dr. Paul Wengert, MdL (BY):       | <a href="mailto:paul.wengert@gmx.de">paul.wengert@gmx.de</a>                           |                                                                      |
| Leo Wiedemann:                    | <a href="mailto:leo.wiedemann@t-online.de">leo.wiedemann@t-online.de</a>               |                                                                      |
| Newsletter Bundestagsfraktion:    | <a href="mailto:aboservice@spdfraktion.de">aboservice@spdfraktion.de</a>               |                                                                      |
| SPD Presseservice:                | <a href="mailto:pressestelle@spd.de">pressestelle@spd.de</a>                           |                                                                      |
| SPD-Bundestagsfraktion:           | <a href="mailto:webteam@spdfraktion.de">webteam@spdfraktion.de</a>                     | <a href="mailto:PRESSE@SPDFRAKTION.DE">PRESSE@SPDFRAKTION.DE</a>     |
| AsF Aktuell:                      | <a href="http://asf-bw.de">http://asf-bw.de</a>                                        |                                                                      |
| Taner Beklen:                     | <a href="mailto:taner.beklen@gmail.com">taner.beklen@gmail.com</a>                     |                                                                      |
| Peter Rösgen, Bundeskanzleramt:   | <a href="mailto:peter.roesgen@bk.bund.de">peter.roesgen@bk.bund.de</a>                 |                                                                      |

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.  
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)